

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 285.

Dienstag, den 6. Dezember 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der neueste Arbeitererrat des Zentrums.

Der Beschluß der Reichsversicherungsordnungs-Kommission des Reichstags gegen das Heilverfahren der Landes-Versicherungsanstalten, der nur dadurch zustande gekommen ist, daß sich das Zentrum auch in dieser Frage zu den rückwärtsgerichtetsten Arbeiterfeinden, den Konservativen und Nationalliberalen, geschlagen hat, ist geeignet, die Arbeiter aufs schwerste zu schädigen. Deshalb müssen wir alles tun, um zu verhindern, daß das Plenum des Reichstags diesem Beschlusse beitrifft.

Durch das Invalidenversicherungs-Gesetz ist den Landes-Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung das Recht gegeben worden, für solche Versicherte das Heilverfahren zu übernehmen, die dadurch entweder ihre Erwerbsfähigkeit wiedererlangen oder vor der drohenden Erwerbsunfähigkeit für absehbare Zeit bewahrt werden können. Dabei ist es dem Ermessen der Versicherungsanstalten überlassen, in welcher Höhe und für welche Zeitdauer sie die Kosten der Heilbehandlung im Einzelfalle tragen. Sie können die Kranken in Krankenhäusern, in Heilanstalten für Lungenkranke oder Lufkurorten, in Genesungsheimen, Rekonvaleszentenanstalten, in Bädern aller Art oder in Privatpflege unterbringen.

Von diesem Rechte haben die Versicherungsanstalten immer mehr Gebrauch gemacht. Ihre Heilbehandlungskosten sind von Jahr zu Jahr gestiegen, so daß sie betrugen:

im Jahre 1900 5 261 661 Mk. gleich 4,1 Proz. der Beiträge-Einnahmen
im Jahre 1909 19 327 553 Mk. gleich 10,3 Proz. der Beiträge-Einnahmen.

Ebenso ist die Zahl der in Heilbehandlung genommenen Personen von 27 427 im Jahre 1900 auf 101 158 „ „ 1909 gestiegen.

Von den „ständig“ behandelten Versicherten waren im letzten Jahre verpflegt:

15 463 in Krankenhäusern (Kliniken, Trinkerheilanstalten, orthopädische und medikomechanische Anstalten, Naturheilanstalten, Heilanstalten für Geschlechtskranke, Wasserheilanstalten usw.)
39 322 in Heilanstalten für Lungenkranke, Lufkurorten.

7 320 in Genesungsheimen, Rekonvaleszentenanstalten.
13 560 in Bädern (See-, Mineral-, Schwefel-, Moorbädern usw.)
551 in Privatpflege, Landaufenthalt, eigener Wohnung,
16 in nicht näher bezeichneten Heilanstalten.

Diese Fürsorge ist durchweg solchen Personen zuteil geworden, die von den schlimmsten Krankheiten bedroht sind: von Lungentuberkulose, Rheumatismus, Sichel-, Herz-, Lungenleiden nicht tuberkulöser Art, Blutarml, Harn- und Geschlechtsleiden sowie Folgen der Trunksucht.

Das wichtigste aber ist, daß vielen dieser Kranken die Heilbehandlung zum Segen gereicht. Schreibt doch hierüber das Reichsversicherungsamt in seinem letzten Jahresberichte: „Erfreulicherweise läßt sich auch feststellen, daß die Heilerfolge, welche durch die nach Art und Ort der Behandlung wie der sonstigen Fürsorge mannigfachen Maßnahmen erzielt werden, sowohl an Zahl als auch an Dauer des Bestandes fortgesetzt erheblich zunehmen.“ In der Festschrift, die aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums der deutschen Arbeiterversicherung die deutschen Versicherungsanstalten herausgegeben haben, rechnet der Geheimrechner Oberregierungsrat Elle aus, daß durch die Heilbehandlung große materielle Werte gerettet werden: „eine gewaltige Summe, die die gemachten Aufwendungen in vollem Maße rechtfertigt, auch wenn man auf die idealen Werte der Heilbehandlung keine Rücksicht nimmt, wenn man nicht beachtet, wieviel Belehrung und erzieherische Kenntnis in das Volk hineingetragen worden ist, wie wertvoll es ist, wenn Vater und Mutter den Kindern in einer Zeit, wo sie ihrer am meisten bedürfen, noch auf Jahre erhalten geblieben; nicht daran denkt, wieviel Not und Elend von den Betroffenen und ihren Familien ferngehalten, wieviel Tränen getrocknet worden sind.“ Bei derselben Gelegenheit hat das Reichsversicherungsamt endlich in seiner Festschrift erklärt, daß das Heilverfahren der Versicherungsanstalten, namentlich auf dem Gebiete der Invalidenversicherung ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterversicherung bildet.

Das Zentrum aber gab sich dazu her, einem Antrage zuzustimmen, durch den höhere Aufwendungen für die Heilung der Kranken als etwas Ungehöriges benannt wurden, und das Reichsversicherungsamt zu Maßnahmen dagegen veranlaßt worden ist. Nach dem Beschluß der Kommission dürfen die Versicherungsanstalten, wenn das neue Gesetz mit dieser Bestimmung wirklich in Kraft treten sollte, nur noch 7 Proz. ihrer Beitragseinnahmen für Heilverfahren verwenden. Wenn sie einen höheren Betrag dafür bestimmen wollen, müssen sie erst die Genehmigung des Reichsversicherungsamtes einholen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1909 von den 41 deutschen Versicherungsanstalten usw. nicht weniger als 30 mehr als 7 Proz. der Beitragseinnahmen für Heilverfahren ausgegeben haben, zum Teil sehr viel mehr, nämlich bis zu 24,54 Proz. der Beitragseinnahmen. Auf der anderen Seite freilich bleiben einige Versicherungsanstalten auch sehr weit hinter den 7 Proz. zurück.

Aus dem Jahre 1909 liegt ferner eine Zusammenstellung vor, wie vielen Personen von je 10 000 Versicherten bei den einzelnen Versicherungsträgern eine Heilbehandlung im Jahre 1909 zuteil geworden ist. Hier steht an der Spitze Berlin mit 171 Heilbehandlungen auf 10 000 Versicherte. Es ist dies aber auch die Versicherungsanstalt, die den höchsten Prozentsatz der Beitragseinnahmen für die Heilbehandlung verwendet. Dann folgt Oberbayern, wo außergewöhnliche Verhältnisse vorliegen; aber auch hier ist der Satz der Ausgaben höher als 7 Proz. der Beitragseinnahmen, nämlich 8,03. Dann sehen wir mehrere andere Versicherungsanstalten mit mehr als 100 Heilbehandlungen auf je 10 000 Versicherte, die alle bedeutend mehr als 7 Proz. ihrer Beitragseinnahmen für Heilbehandlung verwenden. Auf der anderen Seite stehen Westpreußen mit 36 Heilbehandlungen auf 10 000 Versicherte, ebenso Pommern und einige andere, die mit 7 Proz. der Beitragseinnahmen auskommen. Diese rückständigen Versicherungsanstalten hat die Kommission in bezug auf das Heilverfahren den anderen Versicherungsanstalten als Muster hingestellt.

Das Zentrum suchte seinen Arbeitererrat mit der Erklärung zu rechtfertigen, daß es durch die neue Bestimmung einzig und allein eine Verschwendung der Mittel durch zwecklosen Luxus, wie in Berlin vorgekommen sei, verhindern wolle. Tatsächlich aber hat das Reichsversicherungsamt auch ohne die neue Bestimmung das Recht, gegen eine solche Verschwendung einzuschreiten. Und weshalb hat das Zentrum die Beschränkung der neuen Bestimmung auf jenen einzigen Fall nicht im Gesetz klar und deutlich ausgesprochen? Weshalb hat es die Beschränkung der Ausgaben für Heilzwecke auf höchstens 7 Proz. der Beitragseinnahmen als Regel hingestellt? Nein, der Arbeitererrat des Zentrums in dieser Angelegenheit ist in keiner Weise zu entschuldigen. Das Zentrum muß wissen, daß nur zu viele Versicherungsgesellschaften aus der neuen Bestimmung die Mahnung entnehmen werden, für Heilzwecke möglichst mit 7 Proz. der Beitragseinnahmen auszukommen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Verhalten gar mancher Versicherungsanstalt gegenüber den „guten Ratsschlägen“ des Reichsversicherungsamtes, des Reichsamtes des Innern und des Reichsschatzamtes kann auch das Zentrum darüber nicht im Zweifel sein, daß infolge der neuen Bestimmung die Ausgaben der Versicherungsanstalten für Heilzwecke mehr und mehr eingeschränkt werden zum schweren Schaden kranker Arbeiter.

Und hierzu hat sich das Zentrum hergegeben. Ohne die Stimmen der Zentrumsabgeordneten wäre für den skandalösen Beschluß in der Kommission die Mehrheit nicht vorhanden gewesen. Arbeiter, gebt auf diesen Arbeitererrat des Zentrums die gebührende Antwort! Klärt selbst den letzten eurer Mitarbeiter über den neuesten Arbeitererrat des Zentrums auf.

Politische Rundschau

Deutschland.

Das Arbeitskammergesetz.

Nach den öden und vielfach kleinlichen Verhandlungen der letzten Woche hatte der Reichstag am Montag, wenn nicht gerade einen großen, so doch einen bedeutenden Tag. Die Verhandlungen über das Arbeitskammergesetz bewiesen wieder einmal die Todfeindschaft der Heidebrandrotte und der Dirksenpappe gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter und die völlige Abhängigkeit der Bethmann u. Co. von der Gesellschaft der Schwarzschmied, Staatsstreicher und Volksfeinde. Der Graf Westarp, dem ein junger Mann allerhand ökonomische und parlamentarische Kenntnisse zuträgt, entrollte den Raabiter Bisherigen, um die Regierung nicht nur vor den paar kleinen Kommissionsverbesserungen, sondern vor ihrem

eigenen Entwurf grüßelig zu machen und der mehrfache Millionäre von Dirksen verlangte schnarrenden Tones nach einem Gesetze zum Schutze der Arbeitgeber. Gehorsam, wie der Diener seinem Herrn und der Bethmann seinem Heidebrand beeilte sich Delbrück den Westarp und den Dirksen die Versicherung zu geben, daß die Regierung auch ihrerseits als „unannehmbar“ betrachtet, was die Sinker als nicht zu dulndendes Rütteln an der Ausbeuter-Autorität bezeichnen. Es war nur eine kleine Unstimmigkeit, wenn Delbrück wenigstens an seinem eigenen Entwurfe festhält, während die um Heidebrand und fast noch mehr die um Camp und Dirksen am liebsten alles, was nach einer gezielten Vertretung der Arbeiterschaft aussieht, in den Orkus herabsenden möchten. Die Nationalliberalen, die einen in den weitesten Kreisen unbekanntem Herrn Horn aus Reuß sprechen ließen, denken in dieser Frage in ihrer Mehrheit nicht viel anders als ihre ehemaligen Kartellgenossen. Polen, Freisinnige und vorläufig auch (es ist zweite Lesung) das Zentrum ließen erklären, daß sie an den Kommissionsbeschlüssen festhalten und dieselbe Stellung nahm der Vertreter nicht sowohl der Wirtschaftlichen Vereinigung als der christlich-sozialen Zweimännergruppe in der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Abg. Behrens, ein. Von der Annahme freilich des sozialdemokratischen Antrags, der allein geeignet wäre, eine wirkliche Arbeitervertretung zu schaffen, wollen auch Zentrum und Freisinn nichts wissen. Selbst Naumann, der im wohlklingenden Gegensatz zu seinem Parteifreunde Kampf in einer feinspinnigen großangelegten Rede erneut den Gedankengang Friedrich Albert Langes über das konstitutionelle Fabrikwesen entwickelte, hielt es doch für nötig, gegen den vom Genossen Legien mit prägnanter Kürze vertretenen Antrag zu stimmen; der auf reine Arbeiterkammern ein wohlbedachtes System gesetzlicher Berufsvertretungen unter Zuziehung der Unternehmer aufzubauen vorschlug. Genosse Legien griff noch einmal in die Debatte ein und tat mit ein paar Handbewegungen die blutrünstigen Schwarzschmied-Dirksen der Dirksen und Westarp ab. Zwar hatte schon Herr Naumann ein kräftiges Wort mit den verunglückten Nachtretern seliger Stimmes geredet. In einer persönlichen Bemerkung verriet wieder einmal, wenn auch wider Willen, Herr von Dirksen seine Todfeindschaft gegen das Reichstagswahlrecht.

Der entscheidende Paragraph unseres selbständigen Antrags wurde abgelehnt, worauf mit großer Mehrheit der erste Paragraph der Kommissionsfassung zur Annahme gelangte. Am Dienstag geht die Beratung weiter.

Zentrums-agrarische Wünsche.

Der rheinische Bauernverein in Köln und der trierische Bauernverein in Trier, die beide auf dem Boden des Zentrums stehen, haben an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der sie zur Hebung des Wohlstandes der Winzer Erlass der Staatssteuer und Darlehen aus der Staatskasse zu billigen Zinssätzen verlangen. Sie verlangen aber außerdem noch, daß die Schaumweinsteuer verdoppelt und der Zoll für ausländische Weine erheblich erhöht werden soll.

Der junge Spahn und die Zentrums-Fraktion.

Eine Parlamentskorrespondenz teilt mit, daß Professor Spahn nunmehr in die Zentrumsfraktion des Reichstages aufgenommen worden sei, nachdem er sich bereit erklärt habe, gewisse Garantien für seine Person zu geben.

Demgegenüber schreibt der „Berl. Lokalanzeiger“: Die Zentrumsfraktion ist sich bisher über die Frage noch nicht schlüssig geworden, ob sie dem Professor Dr. Spahn den Eintritt in die Zentrumsfraktion gestatten soll oder nicht. Die Meinungen darüber sind noch immer geteilt. Eine Sitzung, in der die Frage endgültig erledigt werden soll, ist für die kommende Woche zu erwarten.

Eine sächsische Rekrutenrede.

Bei der sächsischen Rekrutenvereidigung hielt der sächsische König am Freitag eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

Ich als Ihr König möchte Sie nur darauf hinweisen, daß der heutige Tag, an dem vor 40 Jahren ein großer Teil meiner Armee in schwerem Kampfe mit einem übermächtigen Feinde sich unsterblichen Ruhm erworben hat, eine Mahnung für Sie ist, gleich Ihren militärischen Vorfahren im Kriege wie im Frieden ihre volle Pflicht zu tun und den alten Ruhm meiner Armee aufrecht zu erhalten. Ich und meine Armee sind stets Eins gewesen und werden es immer bleiben, solange die Armee wie bis jetzt den ehrenvollen Platz im großen deutschen Heere behauptet. Schwer und groß sind die an Sie herantretenden Anforderungen und werden sich nicht vermindern, solange ein vorwärtsstrebender Geist im Heere herrscht. Selbe Majestät der Kaiser, des Reiches erhabenes Oberhaupt,

Sorgt mit unermüdeter Sorgfalt für die Schlachtfertigkeit unseres Heeres. Was er sonst für unser liebes, deutsches Reich geleistet hat, wird bereinigt auf erzenen Tafeln in der Weltgeschichte verzeichnet stehen. Heute gilt es nur seiner zu gedenken, als Soldaten-Kaisers, als Meines besten, liebsten Freundes.

„Lendenlamme, altweiberhafte Schlappmacheri.“

Der Leiter der „Deutschen Tageszeitung“ scheint dem Rolkoller unrettbar zum Opfer gefallen zu sein. Unter der bekannten Rognak-Maske (Drei Sterne) bringt die „Deutsche Tageszeitung“ einen Artikel, der sich mit den Lehren von Moabit befaßt. Wer erwarten sollte, daß diese Lehren nach der Richtung hin gezogen werden, daß die Polizei sich in Moabit aufgeführt hat, wie eine solche Institution dies einfach nicht dürfte, zieht Herr Ortel aus der Verhandlung die gegenteiligen Schlüsse. Er tritt dafür ein, daß ein besonders schleuniges Verfahren eingerichtet wird, um bei Vorkommnissen wie in Moabit die Täter sofort unter dem frischen Eindruck der Ereignisse zu verurteilen. Seiner Begeisterung für die Prügelstrafe gibt Knuten-Ortel wieder einmal dadurch Ausdruck, daß er verlangt, die Polizei solle mit irgend einer wirksamen Waffe ausgerüstet werden, die nicht tiefe, blutige Wunden schlägt, wohl aber recht empfindliche Schmerzen bereitet; vielleicht verlegt er sich darauf, ein solches nützliches Instrument zu erfinden. Seine Wünsche gehen aber noch erheblich weiter. Daß er verlangt, das Streikpostenfischen sei ohne weiteres zu verbieten, kann weiter nicht verwundern, aber er wünscht auch, daß die Veranstalter von Straßen- und Massenkundgebungen, sobald das geringste Vorkommt, dafür verantwortlich gemacht werden, auch wenn sie gar nicht beteiligt waren. Der Staat, so versichert Herr Ortel, der es nicht vermag, seine Ordnung zu wahren, schaufelt sich selbst sein Grab. Der fulminante Artikel schließt:

„Wie die Dinge jetzt liegen, ist die Lendenlamme, altweiberhafte Schlappmacheri, die vor jedem festen Zugreifen zimperlich warnt, nicht nur eine grenzenlose Torheit, sondern auch eine Verflüchtigung an dem Staate, an der Sicherheit und an der Zukunft des Volkes.“

Die Staatsfeindlichkeiten

lassen nicht nach mit Schüren und Hegen. „Der Reichsbote“, das konservative Pastorenblatt, fordert in Nr. 283 vom 2. Dezember „Wirksamere Schutzmittel“ gegen die Sozialdemokratie. Die ungeheure Blamage der Polizei im Moabiter Prozeß lastet schwer auf diesen braven konservativen Seelen; deshalb stöhnt das Blatt:

„Wenn irgendwo, so wäre daher hier längst ein geharnischter Ordnungsruf der verbündeten Regierungen an ein nicht in Übereinstimmung mit dem Rechtsempfinden der vaterländischen Kreise handelndes Adhokatenamt und an die Schildhalter der Friedensstörer in der Presse und im Publikum am Plage gewesen. Aber noch nicht einmal im Reichstage hat sich die Gelegenheit zu einer Besprechung über die unhaltbare Lage geboten.“

Aber darüber hinaus will das Blatt auch Vorsorge für die Zukunft treffen und zwar ohne Ausnahme- oder Zuchthausgesetz, ganz einfach gestützt auf den „Geist“ der preussischen Verfassung soll der preussischen Regierung gestattet sein, gegen die Sozialdemokratie Willkür walten zu lassen und der konservative Gemütsmensch folgert: Jede politische Freiheit, die die Verfassung gewährt, muß auch allein dem von der Verfassung selbst verfolgten Zwecke der Selbsthaltung dienen. Sie ist daher keine absolute Freiheit, kraft deren der Bürger treiben kann, was er will.

„Die Logik dieses Gedankens“, so sagt der Artikelschreiber weiter, führt unmittelbar zu dem weiteren Schluß, daß auch der Mißbrauch der Pressefreiheit, des Versammlungs- und Vereinsrechts für außerhalb der Verfassung stehende und vollends für direkt gegen die Staatserhaltung gerichtete Zwecke nicht mehr nach dem Verfassungsrecht geahndet werden darf. Der Minister des Innern wäre schon nach dem jüngsten Zugeständnis des Reichstagsabgeordneten Ledebour, daß die Sozialdemokratie direkt auf Begründung der Republik in Deutschland lossteuert, ohne jedes besondere Ausnahmegesetz befugt, mit einem einzigen Federstrich das Fortbestehen der gesamten sozialdemokratischen Presse zu verbieten; weil diese außerhalb der Verfassung sich fortbewegt. Dasselbe gilt von dem Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts. Auch das Oberverwaltungsgericht müßte diese Maßnahme durchaus sanktionieren, wenn es sich nicht an die leere Form hält, und nicht dem Buchstaben, sondern dem Geist des Artikels 27 der preussischen Verfassung (Jeder Preuze hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern) gerecht wird. Ohne jeden Staatsstreik, auch ohne Ausnahmegeetze, allein auf Grund des obersten Verfassungszwecks und nach dem ganzen Geist der Verfassung läßt sich mithin ein durchgreifender Wandel zum Besseren erzielen. Es bedarf nur eines starken Willens, und den verlangt das Staatstreue Bürgertum allgemein.“

Kleinstaatliche Reaktion.

Kürzlich berichteten wir über die Nichterfüllung eines Genossen, der zum Schultheißen von Finsterbergen, dem im Herzogtum Gotha gelegenen Bedenbüren gewählt worden war. Auf die sofort gegen die Entziehung des Landrats eingelegte Beschwerde beim Ministerium ist nun folgende charakteristische, vom Staatsminister selbst unterzeichnete Antwort erfolgt:

Herzoglich Sächsisches
Staatsministerium
B. II. 4078.

Gotha, den 21. November 1910.

Die von Ihnen eingelegte Beschwerde gegen den die Befähigung ihrer Wahl zum Schultheißen in Finsterbergen verweigerten Beschluß des Herzoglich Landratsamts Waltershausen vom 22. November d. J. wird als unbegründet zurückgewiesen.

Die für die Entziehung des Landratsamts nach dem Beschluß des Landratsamt Waltershausen vom 22. November d. J. sind dem Landratsamt als Gegenleistung für die Befähigung zum Schultheißen im Herzogtum Gotha, den 21. November 1910.

lung geschlechtlich auch Aufgaben zugewiesen, die auf dem Gebiete der Ausübung staatlicher Hoheitsrechte liegen. Insbesondere liegt dem Schultheißen die Handhabung der Ortspolizei ob. Wie Sie selbst bestätigen, sind Sie Anhänger der sozialdemokratischen Partei und haben diese Ihre Gesinnung in hervorragender Weise nach außen hin betätigt. Unter diesen Umständen kann von Ihnen als einer Person, die selbst die Autorität des Staates nicht anerkennt, nicht erwartet werden, daß Sie staatliche Hoheitsrechte in der den Gesetzen entsprechenden Weise ausüben, ein Glied der staatlichen Ordnung und unter allen Umständen hehrrecht sein werden, die Gesetze zur Durchführung zu bringen. Es fehlt Ihnen somit in der Tat die zu dem Amt eines Schultheißen erforderliche besondere Befähigung.

v. Richter.“

Das hohe Staatsministerium scheint der Überzeugung zu sein, daß die unter sozialdemokratischem Kommando stehende Polizei keine Moabiter Polizeischlägen steuern könnte, womit es allerdings recht haben dürfte. Freilich wird mit dieser richtigen Vermutung die ministerielle Entscheidung in Einklang mit der Verfassung gebracht. Und deswegen gedenkt sie der Nichtbefähigte im Verwaltungsstreitverfahren anzufechten.

Der Kanzler gegen die Konservativen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt am Montagabend an der Spitze ihres Blattes folgende amtliche Erklärung:

„Gegen nationalliberale Blätter polemisierend, kommt die „Kreuzzeitung“ in ihrem Sonntagartikel auf die „Szena“ zurück, in der der Abg. Dr. v. Henning Brand, während der Debatte im Reichstag über die Interpellation Ledebour, den Reichskanzler aufforderte, Maßregeln gegen die revolutionären Umtriebe zu ergreifen. Nach der „Kreuzzeitung“ soll sich die Apostrophierung des Reichskanzlers ganz einfach daraus erklären, daß Herr v. Bethmann-Hollweg „den außerparlamentarischen Verkehr mit allen Abgeordneten ohne Ausnahme vermeidet“. Diese Erklärung steht mit der tatsächlichen Wahrheit nicht in Einklang. Der Reichskanzler hat gerade in der letzten Zeit, wie übrigens schon während der Sommerpause, Vertreter der bürgerlichen Fraktionen, darunter auch den Abg. Dr. v. Henning Brand, bei sich zu Unterredungen empfangen.“

Die „Kreuzzeitung“ bezieht sich auch in ihrer Montag-Abend-Ausgabe ihre Auslassungen richtig zu stellen, indem sie bemerkt, daß man eben gegenwärtig weniger, als zu Bülow's Zeiten, von dem Verkehr des Reichskanzlers mit den parlamentarischen Führern etwas erfährt. Entschuldigend sagt dann noch das Sunkeblatt:

„Übrigens haben wir, wie wohl aus dem ganzen Ton und Inhalt unserer Ausführungen hervorgeht, die ruhigere Behandlung der inneren Politik nicht etwa tabeln wollen, haben vielmehr unserer Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese von uns oft genug anerkannte effektlose Leitung der inneren Politik in Zeiten förmlich aufgeregter Erregung mit dem rechten Wort und der rechten Tat im entscheidenden Augenblick die Situation klären werde. Den gleichen Sinn verbinden wir auch mit dem Lobe der „philosophischen Ruhe“, die den Reichskanzler auszeichnet. Daß Herr v. Bethmann-Hollweg kein grübelnder Metaphysiker ist, sondern ein Realpolitiker, davon zeugt jedes seiner Worte, und vergeblich bemühen sich die Witzblätter, diesen seinen Vorzug in das Gegenteil zu karikieren.“

Reichstags-Dispositionen.

In der Sitzung des Senioren-Konvents am Montag, dem 5. Dezember, wurden die Beschlüsse der letzten Sitzung im allgemeinen bestätigt. Für die zweite Lesung des Arbeitskammergesetzes sind Montag und Dienstag vorgezogen, am Mittwoch sollen Rechnungsberichte, sowie die Fortsetzung der Besprechung der Mittelstands-Interpellation folgen. Sollte das Arbeitskammergesetz am Montag in der zweiten Lesung erledigt werden, dann wird der Präsident für Dienstag die Novelle des Strafgesetzbuches auf die Tagesordnung setzen, andernfalls kommt sie erst auf die Tagesordnung der Sitzung vom 10. Januar 1911. Am Donnerstag fällt die Sitzung wegen des katholischen Feiertages aus. Am Freitag beginnt die erste Lesung des Etats, die voraussichtlich bis zum 14. Dezember, also bis zum Beginn der Weihnachtsferien dauern wird.

Landtagserfahwahl in Breslau.

Bei der Montag statigefundenen Landtagserfahwahl für den verstorbenen Zentrumsabg. Ziesche brachte die Hauptwahl keine Entscheidung. Dem konservativ-kerikalen Milchmash fehlten zur absoluten Majorität 5 Stimmen. Im ersten Wahlgang erhielten Löbe (Soz.) 355, Ehlers (Freil.) 473, Vogel (Konf.-Klerik.) 820 Stimmen. Bei der Stichwahl, die dadurch notwendig wurde, erhielt Ehlers nunmehr 839 Stimmen, Vogel 824. Der freisinnige Kandidat wurde demnach mit einer Stimme Majorität von 15 Stimmen gewählt. Dieser Sieg war also nur möglich durch die eiserne Disziplin der sozialdemokratischen Wahlmänner. Ein sozialdemokratischer Wahlmann wurde von seinem Arbeitgeber, der selbst konservativer Wahlmann ist, auf der Stelle gemahregelt.

England.

Die Wahlen zum Unterhaus, die gegenwärtig stattfinden, zeitigten bis gestern Abend 10 Uhr folgendes Resultat: Es wurden gewählt: 79 Liberale, 100 Unionisten, 11 Vertreter der Arbeiterpartei und 16 Anhänger Redmonds. Bis jetzt haben die Liberalen 5, die Unionisten 10 Sitze gewonnen — auf weissen Kosten, geht leider aus den vorliegenden Meldungen nicht hervor.

Bürgerliche Niedertracht.

P. L. In jeder parlamentarischen Körperschaft ist es üblich, daß bei der Wahl von Ausschüssen und Kommissionen die vorhandenen Fraktionen nach Maßgabe ihrer Stärke berücksichtigt werden. Sogar das reaktionärste Parlament, das Preussische Abgeordnetenhaus, befolgt diese Übung, durch welche es allen Gruppen und Fraktionen möglich ist, ihre Anschauungen zum Ausdruck zu bringen und bei Abstimmungen auch ihr Votum mit dem gebührenden Nachdruck abgeben zu können. Die Lübecker Bürgerschaft kennt diese einfache parlamentarische Anstandsspflicht jedoch nicht. Sie schließt die Sozialdemokraten von fast allen Kommissionen aus und berechnigt so die große Mehrheit der Lübecker Bürger, welche die zweite Wählerklasse bilden, auf das schärfste.

Gestern Abend hatte die Lübecker Bürgerschaft die halb-schichtige Erneuerung des Bürgerausschusses vorzunehmen, der bekanntlich nach der Verfassung aus 30 Mitgliedern, also einem Viertel der Bürgerschaft besteht. Wie üblich hatte sich die Vorerammlung der erstklassigen Bürger-schaftsmitglieder schon mit der Wahl befaßt und sie auch bereits tatsächlich vollzogen.

Die Bürgerausschussmitglieder fanden gestern auf ihrem Platz vor der formellen Wahl einen Zettel, der die Namen der Erkörenen der Erstklassigen enthielt. Ein Sozialdemokrat war nicht darunter. Da die Sozialdemokratie ein Zehntel aller Bürgerausschüsse innehat, so wäre ihr von allen anständigen Parlamentariern sicher auch ein Zehntel der Sitze im Bürgerausschuß — also drei — eingeräumt worden. Zwei Genossen sitzen im Bürgerausschuß; es war also noch einer hinzuzuwählen. Die Bürger-schaftsmehrheit wollte das aber nicht; ihr sind schon zwei Sozialdemokraten im Bürgerausschuß viel zu viel.

Von unserem Genossen Löwig wurde darauf hingewiesen, daß die Mehrheit der Lübecker Bürger bereits durch ein niederträchtiges Wahlrecht verhindert ist, in die Bürgerschaft eine größere Anzahl von Vertretern zu entsenden und daß es schon deshalb ein Gebot der einfachsten Gerechtigkeit ist, den Vertretern der zweiten Klasse noch den einen Sitz im Bürgerausschuß einzuräumen. Es war vorzuziehen, daß diejenigen Leute, die nur infolge des niederträchtigen Bürgerausschusswahlrechts in die Lage gekommen sind, einen der Klappstiel im Bürger-schaftssaal zu drücken, sich höchstschon darüber ereiferten, als sie den Wahlrechtswechsel beim rechten Namen nennen hörten. Der Vorsitzende suchte sofort den Fremder am Allerheiligsten der Geldsackervählten durch einen Ordnungsruf zu zerschmettern. Nachdem darauf Dr. Wittern für das Bürgeramt die Mandate der vierten Klasse „gerichtet“ und eine Kandidatenrede für sich gehalten hatte, stimmte die Bürger-schaftsmehrheit den von uns vorgeschlagenen Genossen Stellung um so gründlicher nieder. Nur 20 Stimmen entfielen auf ihn. Aus diesem Ergebnis ist ohne weiteres ersichtlich, daß eine ganze Anzahl der Liberalen im Verein mit den Reaktionsären die anderorts übliche gute parlamentarische Sitte mit Füßen trat. Dafür befohlten die Herren Dr. Wittern mit einem Sitz im Bürgerausschuß.

Später schloß man die Vertreter der zweiten Klasse auch von einer Kommission zur Vorprüfung eines Senatsantrages betr. die Wasserversorgung von Rücknitz aus.

Der Sozialdemokratie schadet eine derartige kleinlich-bürgerliche Niedertracht selbstverständlich in keiner Weise. Im Gegenteil. Wir erhalten dadurch ein sehr brauchbares Agitationsmittel, das zu verwerten wir uns nach Kräften angelegen sein lassen werden. Die Sozialdemokratie bittet nicht um gnädige Überlassung irgendeines Knochens bei ihrem Gegner, sondern sie fordert ihr Recht. Und davon wird sie auch in Zukunft keinen Strich abgehen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 6. Dezember.

Es ist Ehrenpflicht jedes Arbeiters, den Bezug nach Orten, wo Differenzen, Unruhebewegungen, Streiks, Aussperrungen bestehen, nach Kräften zu verhindern, um nicht den kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, sondern ihnen nach Möglichkeit zum Siege zu verhelfen.

Ergebnis der Volkszählung. Nach den vorläufigen Ermittlungen des Statistischen Amtes belief sich die Einwohnerzahl Lübecks am 1. Dezember auf 98612.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins ereignete sich gestern Abend eines guten Besuchs. Wegen Abhaltung des Vorsitzenden durch dessen Tätigkeit in der Bürgerschaft eröffnete und leitete der Parteisekretär Genosse Bromme die Versammlung. Er gedachte zunächst der Verstorbenen Mitglieder Mardus und Steinfeldt und widmete dann der in Zürich verstorbenen Frau unseres alten Kämpfers und Führers, der Genossin Julie Bebel, einen warmempfundener Nachruf. Die Verstorbenen wurden in der üblichen Weise geehrt. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Sitostreife. Es wurde beschlossen, diese in der althergebrachten Weise zu begehen. In das Komitee wurden neun Genossen gewählt. Hierauf gelangte ein schon in mehreren Distrikten erörterter Antrag Mehrlein über die Abhaltung der Distriktsversammlungen zur Verhandlung. Genosse Bromme erläuterte den Antrag kurz. Demnach sollen mit dem Gemeindefesttag, dem Arbeiter-Radfahrer-, Arbeiter-Turn- und Arbeiter-Gesangvereine Vereinbarungen getroffen werden, daß in jedem Distrikt ein bestimmter Abend für die Partei zur Abhaltung von Distriktsversammlungen frei bleibt; damit diese nicht nur regelmäßig stattfinden, sondern auch von allen Parteimitgliedern besucht werden können. Entschuldigungsgründe für etwaiges Fernbleiben seien dann fort-Nachdem in der Diskussion der Genosse Mehrlein den Antrag noch ausführlicher begründete, bezeugte Genosse Adolf Löwig die Zweckmäßigkeit desselben. Ferner führt letzterer Klage über die mangelhaften Umgebungen der Mitglieder, wodurch die Adressen oft nicht stimmen. Genosse Bromme ging dann des näheren auf diese Unstimmigkeiten ein und forderte die Mitglieder auf, dahin zu wirken, daß bei Umzügen oder Abreise die Mitglieder den Boten oder dem Parteisekretär sofort Mitteilung machen müssen. Trotz Nachforschung bei den Gemeindefesten konnte es vor, daß unbekannt verzogene Genossen nicht gefunden werden, mitunter nach einem Jahre dann wieder von selbst auftauchen. Hierauf wurde der Antrag Mehrlein einstimmig angenommen. Der Vorstand wird beauftragt, entsprechende Verhandlungen anzuknüpfen.

Dann referierte der Genosse Mehrlein über Kinder-schutz. Er führte — nachdem er die Bedeutung des Kinderschlusses und Kinderschutzgesetzes erörtert — u. a. aus: „Wer die Geschichte der sozialpolitischen Gesetzgebung verfolgt, wird den 10. April 1902 besonders hervorheben müssen. An diesem Tage wurde dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Kinder vor Ausbeutung und Mißhandlung durch die eigenen Eltern schützt. Bis dahin hatte die Gesetzgebung vor der Familie Halt gemacht. Es wurde indes durch eine Statistik ermittelt, daß 532.283 Kinder erwerbsfähig waren. Darunter in Lübeck 1218. Leider habe keine Erhebung ermittelt, wieviel Kinder vor Beginn der Schulpflicht arbeiten müssen. Unter den erwerbsfähigen Kindern wurden 42.837 mit dem Austragen von Waren, 45.608 als Zeitungs-träger und 21.620 in Gasmotoren beschäftigt. 12.748 steuten Regel auf, welches Spiel von diesen Kindern selbst

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 5. Dezember 1910.

94. Sitzung, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Arbeitskammern.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Arbeitskammergesetzes.

Die Abg. Albrecht u. Gen. (SD.) beantragen an Stelle der Kommissionsbeschlüsse eine eigene Vorlage von 27 Paragraphen, die die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes sowie territoriale (nicht berufliche) Arbeitsämter und Arbeitskammern vorsieht.

§ 1 der Kommissionsbeschlüsse lautet: „Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Gewerbezweiges oder mehrerer verwandter Gewerbezweige sind auf sachlicher Grundlage, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, Arbeitskammern zu errichten. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig.“

Wiederberg (A.): Obwohl das Gesetz nicht alle unsere Wünsche erfüllt, stehen wir ihm doch sympathisch gegenüber. Wir werden für die Kommissionsbeschlüsse stimmen und die Beratung nicht durch Anträge aufhalten. Wir stimmen gegen den Antrag der Sozialdemokraten schon darum, weil er eine neue Kommissionsberatung notwendig machen würde. Gewiß sind auch wir für ein Reichsarbeitsamt, aber was der Antrag Albrecht fordert, ist eine Durchbrechung unseres ganzen behördlichen Organismus. Wir ziehen paritätische Arbeitskammern den Arbeiterkammern vor, da wir als eigentliche Ständevertretung der Arbeiter die Gewerkschaften betrachten, wenn sie auch nicht gesetzlich privilegiert sind wie die Ständevertretungen anderer Berufe. Die Beschlüsse paritätischer Kammern werden auch größeres Gewicht haben, als Beschlüsse einseitiger Interessensvertretungen. Wir stimmen der beruflichen Gliederung zu, wenn wir auch die territoriale vorgezogen hätten. (Bravo! im Zentrum.)

Legien (SD.): Die Bedenken des Vorredners gegen unsern Antrag sind nicht zutreffend. Auch ohne Kommissionsberatung würde sich über den Gesetzentwurf eine Einigung erzielen lassen. Unser Antrag entspringt aus der Erfahrung, daß einmal erlassene sozialpolitische Gesetze auch nach erkannter Mangelhaftigkeit schwer verändert werden können. Die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft muß so beschaffen sein, daß sie für die Arbeiter auch wirklichen Wert hat. Die Arbeiter brauchen eine reine Vertretung ihrer Interessen, und diese kann nur in Arbeiterkammern erfolgen. Darum beantragen wir Arbeiterkammern und schlagen als paritätische zweite Instanz das Arbeitsamt vor. Den Arbeitsämtern würden dann in der Haupttatsache die in der Vorlage den Arbeitskammern zugewiesenen Aufgaben zufallen. Als oberste Instanz schlagen wir dann das Reichsarbeitsamt vor, das ja auch der Vorredner wünscht. Eine solche sozialpolitische Zentralinstanz ist ein dringendes Bedürfnis. Das Reichsarbeitsamt wie wir es verlangen, würde dem Reichsamt des Innern keine Konkurrenz machen, sondern ihm vielmehr die Tätigkeit erleichtern. In der beruflichen Organisation, wie die Kommissionsbeschlüsse sie vorschlagen, sehen wir eine schädliche Zersplitterung der Kräfte. Die Verhältnisse der Arbeiterschaft, auf die es ja ankommt, sind im wesentlichen gleichartig. Darum schlagen wir eine territoriale Organisation vor. So gut wie den Handwerkern und den Landwirten muß man auch den Arbeitern eigene Interessensvertretungen geben. Auch wir wollen nicht durch lange Reden die Beschlußfassung aufhalten; ich beschränke mich daher auf diese Bemerkungen und bitte Sie noch einmal, sich für unseren Vorschlag zu entscheiden. (Bravo! bei den Sozialdemokr.)

Graf Westarp (A.): Es ist ein theoretisch verlockender Gedanke, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Kammer zu vereinigen; es fragt sich aber, ob beide Parteien zusammenarbeiten wollen. Die Sozialdemokraten sind gegen Ar-

beitskammern und auch die Unternehmer haben große Bedenken dagegen, weil sie wissen, daß die Sozialdemokratie solche Veranstaltungen ausnützt zur Förderung ihrer Parteibestrebungen und zur Erfüllung der Masse mit revolutionärem Geist. (Du, hul! b. d. Soz.) Ich erinnere Sie an den Mißbrauch der Krankenkassen durch die Sozialdemokratie. Aus diesen Gründen hatten wir schon lebhaftes Bedenken gegen die Regierungsvorlage. Die Kommission hat das Gesetz noch wesentlich verschlechtert. Unannehmbar ist für uns der § 7, der auch die Eisenbahnarbeiter in eine solche Kammer hineinfügen will. Wir wollen nicht den sozialdemokratischen Sekretären die Tür zu den Arbeitskammern aufmachen, und wir können angesichts des sozialdemokratischen Terrorismus auch nicht die Öffentlichkeit der Verhandlungen zugehen. Durch die Kommissionsbeschlüsse ist der Entwurf für uns unannehmbar geworden und wir werden einstimmig dagegen stimmen. (Wiederholtes Bravo! rechts. Zwischen links.)

Manz (F. V.): In seiner Wahlrede hat uns der Vorredner ein blutrotes Bild an die Wand gemalt. Die Furcht vor der revolutionären Wirkung der Arbeitersekretäre ist völlig unbegründet. Es wird vielmehr gehen, wie bei den Stadtverwaltungen, wo die positive Mitarbeit maßgebend auf die revolutionären Elemente eingewirkt hat und einwirkt. (Zust. b. d. Vnt.)

Horn-Reuß (Nat.): Den rein agitatorischen sozialdemokratischen Antrag werden wir ablehnen. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unverstanden.

Dirksen (Npt.): Durch die Kommissionsbeschlüsse ist der Entwurf für uns unannehmbar geworden. Es würde unsere Verhandlungen erleichtern, wenn auch die Regierung erklären würde, welche Punkte für sie unannehmbar bleiben. Öffentlich geht sie nicht auf Kompromisse ein, so z. B. darauf, daß die Arbeitersekretäre zwar nicht das erste, aber später wählbar sein sollen. Ein auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählter Reichstag geht leicht in der Nachgiebigkeit gegenüber sozialpolitischen Forderungen über die Schranken des Gesamtwohls hinaus und macht der Innerlichkeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie schädliche Zugeständnisse. Man beruft sich auf die kaiserliche Vorkauf. Aber seit der kaiserlichen Vorkauf ist durch Partei, Gewerkschaften, paritätische Arbeitsnachweise, Tarifkommissionen usw. die Macht der Arbeiterschaft so gewachsen, daß man bald Gesetze zum Schutze der Arbeitgeber wird machen müssen. (Zustimmung rechts, Lachen bei den Soz.) Frieden ist nur möglich, wenn er von beiden Seiten ehrlich gewollt wird; die Sozialdemokratie aber will keinen Frieden. Die Sozialdemokratie mißbraucht durch ihren Terrorismus, wie er bei Wahlen und Verhandlungen hervortritt, alle Friedensorganisationen. Die Kommissionsbeschlüsse sind für uns unannehmbar; aber auch der Regierungsentwurf erscheint uns zum mindesten entbehrlich und gefährlich. Wir bewegen uns auf abschüssiger Bahn. Auf die Arbeiterkammern folgen Arbeiterkammern, ihnen folgen obligatorische Arbeiterausschüsse und der Verhandlungswang frönt das Gebäude. Für die Einführung eines solchen konstitutionellen Systems in der Industrie können wir die Verantwortung nicht übernehmen. (Lebh. Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der auch in der Kommission abgelehnte sozialdemokratische Antrag, der einen Eingriff in die Rechte der Bundesstaaten bedeutet und für bestimmte Interessentklassen eine besondere Behördenorganisation schaffen will, ist für die Regierung unannehmbar. In einem wohlgeordneten Staatswesen können nicht irgendwelche Interessen von den übrigen losgelöst und mit besonderen Rechten ausgestattet werden. Die Sozialpolitik darf nicht losgetrennt werden vom Reichamt des Innern. Ihre Pflege muß in derselben Hand liegen, wie die Pflege der übrigen wirtschaftlichen Interessen des Reiches. Seit dem Einbringen des Entwurfs ist manches passiert, was Bedenken erregen kann. (Zuruf rechts: Moabit! Zust. rechts, Lachen links.) Gleichwohl würde ich das Scheitern des Entwurfs beklagen. Gewiß ist die Betätigung der Sozialdemokratie auf den vielen Gebieten, wo wir eine Art Selbstverwaltung

zur besseren Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse geschaffen haben, wenig geeignet, unser Vertrauen zu dieser Tätigkeit zu stärken. Aber die Arbeiter, die keiner Organisation oder nicht sozialdemokratischen Organisationen angehören, haben einen Anspruch auf die Möglichkeit einer sachgemäßen Vertretung ihrer Interessen in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern. Man müßte an Deutschen Reiche verweisen, wenn man glauben wollte, daß die Sozialdemokratie immer in solchen Körperschaften die Mehrheit haben wird. Die Zeiten werden sich ändern. (Lebh. Heiterkeit b. d. Soz.) Ich bin darin Optimist und halte an dem Wunsche fest, daß der Entwurf verabschiedet werden möchte. Nun zu den Einzelheiten. Aus der kaiserlichen Vorkauf folgt nicht, daß die Regierung jede Umänderung des Entwurfs akzeptiert. (Sehr richtig! rechts.) Ich halte es für bedenklich, daß Arbeitskammern vom Bundesrat statt von den Landeszentralbehörden eingerichtet werden sollen. Aber die Herabsetzung des Alters für das aktive Wahlrecht läßt sich diskutieren, beim passiven muß unbedingt am 30. Jahre festgehalten werden. Unannehmbar ist die von der Kommission beschlossene Einfügung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Eisenbahnbetriebe. Eisenbahnbetriebe unterliegen nicht der Gewerbeordnung, sondern sind anders zu behandeln. Sie können nicht von den deutschen Regierungen verlangen, daß sie den Schritt tun, den jetzt ein den Sozialisten nahestehender Minister (Lebh. Widerspruch b. d. Soz.) zurücktritt. (Lebh. Bravo! rechts.)

Behrens (W): Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. Die christliche Arbeiterschaft sieht, wie übrigens auch ein Teil der sozialdemokratischen, auf dem Standpunkt paritätischer Arbeitskammern. Es versteht sich, daß diese Kammern die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen sollen, da doch die Interessen der Arbeitgeber durch die Handelskammern usw. wahrgenommen werden. — Bei der sozialen Gesetzgebung handelt es sich nicht um eine Selbstpolitik, sondern um eine nationale Kulturpolitik. Man trete der Sozialdemokratie auf anderen Gebieten entgegen, lasse aber nicht die übrige Arbeiterschaft entgelten, was die Sozialdemokratie tut. Gegen die Wählbarkeit der Sekretäre der Berufsorganisationen sind keineswegs alle Arbeitgeber, 17 Arbeitgeberverbände, u. a. auch der bekannte konservative Landtagsabg. Felisch, haben sich für die Zulassung der Sekretäre ausgesprochen. (Hört, hört!)

Ruleraki (W): Wir hätten manches anders gewünscht, z. B. eine territoriale statt einer beruflichen Gliederung. Trotzdem werden wir für die Vorlage stimmen, erwarten allerdings Aufrechterhaltung der geringfügigen von der Kommission beschlossenen Verbesserungen.

Maumann (W): Das Reichsarbeitsamt können wir nicht, wie die Sozialdemokraten vorschlagen, so nebenbei beschließen; es gehört nicht in dies Gesetz, wenn auch gewiß genügend Tätigkeitsstoff für ein solches Reichsarbeitsamt vorhanden wäre. Für die berufliche statt der territorialen Gliederung sprechen viele Zweckmäßigkeitsgründe. Der Zweck der Kammern ist erweitert worden durch Vorarbeiten für Tarifabschlüsse und für Errichtung von Arbeitsnachweisen. Es ist aber nötig, auch die Kammern zur Herausgabe von Ausführungsbestimmungen für alle vom Bundesrat herausgegebenen Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeiterschutz zu berufen. Diese Vermehrung der Tätigkeit ist nötig, um die Kammern zu einem wirklichen lebensfähigen Organismus zu machen. Je mehr das freilich der Fall sein wird, desto weniger werden die konservativen Gesellen an ihnen haben. Das beweist die Moabiter Rede des Grafen Westarp. (Sehe gut! links.) Man beschwert sich auf der Rechten über die parteipolitische Ausnutzung der Sozialpolitik durch die Sozialdemokratie. Heute aber hat der Redner der konservativen parteipolitische Gesichtspunkte in eine rein praktische Frage der Sozialpolitik hineingebracht. (Sehr wahr! links.) Wie Herr v. Hengdebrand bei der Ratierdebatte dem Reichskanzler, so erteilen heute Graf Westarp und Herr v. Dirksen dem Staatssekretär der Innern die parole. Die Regierung soll scharf gemacht werden gegen alle Verbesserungen. Die Konservativen wenden sich gegen das Wahlrecht der weiblichen Mitglieder, obwohl es schon im Regierungsentwurf drin stand. Die einfachste menschliche

Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(8. Fortsetzung.)

Sophie scherte. Eugen wurde rot, Auguste aber sagte ruhig: „Das nicht, liebe Alte, es ist ein Herr, welcher uns über den Bach geholt hat, und auch sehen will, wie's hier sieht.“

„So?“ sagte die Alte, indem sie mißtraulich Eugen anschaute.

„Gut geht's wohl recht arm, liebe Frau?“ sagte dieser.

„Das können Sie wohl sehen. Meinen Sie, daß ich so abgerissen und barfuß ginge, wenn ich Geld im Kasten hätte?“

„Ging es denn früher besser?“

„Ja. So lange der alte Herr lebte, der Vater von diesem, war's in Plümeran nicht viel schlechter, als anderswo. Der Schlag und Schimpfe auch wohl, aber er gönnte doch dem kleinen Menschen ein Stück Brot, und sah es selbst gern, wenn's auf Kranz und Grützeren lustig herging. Dann nahm er zuweilen selber Ludwig Meier, — wir nannten ihn immer Guten-Pastor, weil er gerade so mit den Händen lachtelte, wie der alte Pastor Seugebier, — die Violine ab und spielte ein auf, daß es man so schnurrte. Und wenn Käsefanz getanzt wurde, dann warf er den Rock ab und lachte sich das schmutzige Mädchen, und dann tanzte er so steil weg und küßte einen, daß es ordentlich klatschte. Er schenkte dann auch wohl seiner Tänzerin einen Gulden zu einem Tuch. Ich habe auch einmal mit ihm getanzt, da ging's uns aber schlecht. Wir hatten einen alten Kuhhirten, Fritz Paul. Bubel nannten wir ihn, von wegen seiner krausen Haare. Der ab, wie wir gerade tanzten, Birnen und warf die Kernstücke, wie er so ab, in den Saal hinein — wir tanzten damals immer oben auf dem Schloß. — Und wie wir beide nun da so entlang kamen — er tanzte immer so steil und die Beine so auswärts, — da will's ein Unglück, daß er auf meinem lieben Bubel seine Birnen zu treten kommt, und kommt Ihnen ins Ausgleiten und zum Fallen, und wir beide im Handumdrehen herum, und mir die Röcke bis über die Knie zu hoch und ihm, — er schlug hintenüber, — die ganze Dose durch. Was war er aber in Wut! Zuerst bekam ich ein paar an den Hals, weil ich ihn umgerissen haben sollte,

aber als er nun Bubel seine Birnenheret gewahr wurde, da — hast du nicht gesehn! O jet was kriegte der arme Bengel für Brügel! — Das waren noch lustige Zeiten! — Dieser prügelt auch genug und mehr als der Alte, aber die Violine streicht er nicht!

„Seid Ihr Witwe und habt Ihr keine Kinder?“ fragte Eugen.

„Sie sind alle tot“, sagte die alte, „und es ist gut, niemand kann sie jetzt mehr quälen. Mein Mann hat uns alle ins Unglück gebracht. Er war mit unter den Jägern gewesen im Kriege gegen Bonaparte, und daher mollte er später sich nicht alles gefallen lassen. Einmal hatte der Herr ihn sehr geschlagen und die Hunde auf ihn geheßt, da ging er nach Gütstrom an die Kanzler und verfluchte ihn. Er gewann den Prozess; der Herr mußte ihm fünf Taler für die Schläge zahlen. Aber der Herr kündigte uns darauf, und da wir nirgends anderswo Wohnung bekommen konnten, so warf er uns in den Armenkaten und ließ uns die Kuh verkaufen, und wir durften uns kein Holz sammeln und mußten meilenweit nach Arbeit laufen. Da gingen wir alle zu Grunde. Mein Mann kriegte die Schwindlicht und starb; mein Wilhelm, der unser Glend nicht sehen konnte, nahm dem Herrn einen Scheffel Roggen vom Boden und kam nach Dömitz und ist endlich in Amerika gestorben. Die Stina lief mir später mit einem Scheerenschleifer fort, und ich weiß nicht, wohin sie gestoben und geflogen ist.“

„Nimmt sich denn der Prediger nicht Curer an?“ fragte Eugen.

„Der Pastor hier? Nun ja, der sagt: seltsam sind die Armen, und steckt seinen Leichentaler in die Westentasche, und die Beichtgroschen in die Holentafel. Papiere hat er mit zum Besen gebracht“, und die Alte langte einige Traktatlein von einem Fensterhins herab.

„Gehört Ihr nach Bokdorf zur Kirche?“

„Nein. Hier ist ja ein eigener Pastor. Der Bokdorfer Priester.“

„Pastor Wolf in Bokdorf ist mein Vater“, sagte Sophie.

„Sie gingen. Eugen hatte der alten einige Taler in die Hand gedrückt, worüber sie mehr Freude als Trauer bei der Erzählung von ihrem Familienelend zeigte. Bei der Weherin sah es auch nicht viel besser aus. Die vielen Kinder“, sagte der Mann, „und dann bin ich eigentlich ein Damastweber, darf den aber nicht weber, wegen der

Zunftgerechtigkeit in der Stadt. Früher verdiente ich hier nebenbei als Tabakspändler mein bißchen Brot, aber dieser Herr läßt keinen Tabak pflanzen, und so komme ich denn weiter und immer weiter zurück. Meine Frau ist auch kränklich und liegt heute schon wieder.“

Auguste hatte währenddessen das jüngste, wenige Wochen alte Kind genommen und beschäftigte sich mit waschen und rein kleiden desselben, obgleich Sophie ihr zuflüsterte, dies doch nicht in Gegenwart eines Herrn zu tun.

„Da sehen Sie meinen Namensvetter“, sagte sie zu Eugen und stellte einen vierjährigen Jungen neben ihn; „August, der Herr hat etwas Schönes für Dich!“ Und Eugen ließ den Rest seines Geldes in die Handchen des Kindes gleiten.

Nachdem sie noch die anderen Notleidenden besuchte, schickten sich die Mädchen zum Rückweg an. Eugen wandte seine Begleitung nicht weiter auszu dehnen. Er beurlaubte sich bei den Damen, indem er zu Sophie sagte: „Ich hoffe Ihnen bald in Bokdorf meine Aufmerksamkeit machen zu dürfen; Ihr Herr Vater selbst hat mir dies erlaubt.“

Sie trennten sich. „Ein hübscher, junger Mann“, sagte Sophie. Auguste sagte nichts. Eugen ging träumerisch den Weg nach Haus, und erst die Deutle seines Ahnherrn, welche weiter vom Torhause schimmerte, machte seinen Träumereien ein Ende.

Sechstes Kapitel.

Herr von Plümeran hatte sich unterdessen mit dem Hofrat Rogellus rechtlich abgemüht. Er hatte denselben zu sich gebeten, um mit seiner Hilfe eine Supplik an die Regierung abzufassen, fand nun aber, daß der Hofrat nicht gewonnen war, dabei Hilfe zu leisten. Herr Hofrat Rogellus gehörte sonst nicht zu den distanzieren Leuten, er machte gerne schwarz weiß und weiß schwarz, aber es mußte doch alles auf einigermaßen gebahnten Wegen, mochten diese auch sehr schmutzig sein, wandeln; hier sollte er aber direkt in düssige Wildnis und Urwald hinein. Er lehnte deshalb mit den höflichsten Worten die verlangte Hilfe ab, und da der Burgherr, infolge dessen, sehr wenig höflich wurde, so fuhr Herr Rogellus, ohne Diner und dreierlei Weine abzuwarten, hungrig und verdrießlich von dannen.

(Fortsetzung folgt.)

Berechtigung erfordert, daß, wenn man nicht auf die billige Frauenarbeit in Industrie und Landwirtschaft verzichtet, man auch den Frauen Rechte geben muß. (Sehr wahr! links.) Herr v. Dirsien meinte, die Sozialpolitik habe nicht verhältnismäßig gewirkt. Nun, wir kennen die düsteren Prophezeiungen von der Zeit des Sozialistengesetzes her. Da war auch immer die Rede von der nahenden Revolution. Aber die Revolution ist nicht gekommen, wenn man sich auch noch so sehr bemüht, die Arbeiterbewegung bis zu einer Revolution in die Höhe zu drehen. (Sehr wahr! links.) Die Revolutionen haben sich nicht vermehrt, sondern vermindert. Wir stehen mit der Forderung der Arbeiterkammern auf dem Boden der kaiserlichen Verfassung. Die Herren von der Rechten aber sind kaiserlich nur solange es ihrem sozialpolitischen Egoismus paßt. (Sehr wahr! links.) Im Blut der deutschen Arbeiter liegt nichts Revolutionäres, wenn es ihnen nicht durch falsche Behandlung von oben eingeimpft worden ist. Wenn in Frankreich, England, Belgien sowie in Süddeutschland die Sozialdemokratie eine andere ist als in Preußen, so liegt das am preussischen Staat, dem Staat des Dreiklassenwahlrechts. (Sehr wahr! links, Gelächter rechts.) In Süddeutschland geht es besser, weil man dort bürgerliches Rechtsgefühl hat, ein Rechtsgefühl, das von den Herrschern der Rechten immer wieder verletzt wird, wie eben erst wieder jetzt durch die Angriffe des Herrn v. Dirsien auf das Reichstagswahlrecht. — Es ist nicht wahr, daß die Industrie gegen Arbeiterkammern ist, dagegen sind nur einige Industrieunternehmer. (Abg. Frhr. v. Camp rufte: Der Handeltags hat sich dagegen ausgesprochen.) Das geht den Handeltags gar nichts an. Es handelt sich um eine Sache der Industrie und des Handels. Beim Konflikt in der Metallindustrie haben auch sehr schärfmächterische Industrielle sich nach einer paritätischen, vermittelnden Instanz gefehlt. Die Herren von der Rechten leben noch immer in dem Patriarchalismus des Herrn von Stumm. Aber die Zeit der großen Industrieautokratien ist vorbei, und die unpersonlichen Aktiengesellschaften sind an ihre Stelle getreten. — Wir protestieren gegen den Ausschluß der Eisenbahnarbeiter und gegen die Nichtwählbarkeit der Arbeitersekretäre. Es ist keine Parität, wenn den Unternehmern gestattet wird, ihre Direktoren in die Arbeiterkammern zu senden, den Arbeitern aber nicht, ihre Vertrauensleute hineinzuschicken. Wir wünschen das Zustandekommen des Gesetzes, aber ohne die Opfer an Gerechtigkeit und Klarheit, die uns zugemutet werden. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück tritt nochmals für den Ausschluß der Eisenbahnarbeiter ein. Direktoren und Arbeitersekretäre sind nicht in Parallele zu stellen. Die Direktoren stehen unmittelbar im Betrieb und in der Arbeit. Das gilt nicht von den Arbeitersekretären, die daher nicht geeignet sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. (Sehr wahr! links.)

Regien (SD): Niemand ist besser berufen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, wie der von den Arbeitern selbst berufene Sekretär oder Vorsitzende der Organisation. Jeder andere Arbeiter, der nur einigermaßen energisch die Interessen seiner Berufskollegen vertritt, wird ohne weiteres entlassen.

(Sehr richtig! bei den Sozial.) Die Behauptung, daß Eisenbahndirektoren nicht den Charakter gewerblicher Unternehmungen haben, wird durch ewige Wiederholungen nicht richtiger, wenn es leider auch stimmt, daß sie nicht der Gewerbeordnung unterstehen. Die Gefahr von Eisenbahnerausfällen wird durch solche ungleiche Behandlung nicht vermindert, sondern vermehrt. Es ist unerhörter Terrorismus.

den Eisenbahnarbeitern ihr gesetzliches Koalitionsrecht zu nehmen! (Sehr wahr! bei den Sozial.) Die Arbeiter in den Eisenbahnbetrieben werden es sich merken, daß der Staatssekretär sie für minderwertig erklärt als die Industriearbeiter. Wenn der Staatssekretär meinte, daß die Zeiten sich ändern, so glaube ich das auch. Freilich bin ich überzeugt, daß sie sich nicht ändern werden im Sinne der Herren von Dirsien usw., sondern im Sinne des Sozialismus. (Sehr wahr! Zustimmung bei den Sozial.) Ein sehr wahres Wort hat Herr von Dirsien gesprochen. Er sagte: Die Arbeiter haben in den Gewerkschaften und ihren Führern die beste Vertretung. Immer und immer wieder aber sind die Gewerkschaften unter freudiger Zustimmung der Konservativen gemohregelt und schifaniert worden. Es mangelt also bisher an einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiterklasse. Diese will der Entwurf bringen. Daneben werden natürlich die Gewerkschaften bestehen und bestehen bleiben müssen.

Will man den Arbeitern weniger bieten als die Kommissionsbeschlüsse, soll man das Gesetz lieber begraben!

(Sehr wahr! bei den Sozial.) Dem „Unannehmbar“ der Regierung sollte der Reichstag ein entschlossenes „Notwendig für die Arbeiterschaft“ entgegenstellen. (Bravo! bei den Sozial.) Gewiß habe ich es einmal für utopisch erklärt, daß ein endgültiger Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital geschaffen wird, aber das schließt nicht aus, einen Ausgleich für bestimmte Fragen zu schaffen. — Herr v. Dirsien verweist auf den Widerstand der Unternehmerverbände gegen die Arbeiterkammern. Hat man etwa bei der Errichtung von Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern die Arbeiter befragt? (Sehr wahr! bei den Sozial.) — Auf die Angriffe des Grafen Westarp brauche ich nicht weiter einzugehen.

Das Wort Terrorismus nimmt sich merklich aus im Munde eines konservativen Führers!

(Sehr wahr! bei den Sozial.) Wenn das Arbeiterkammergesetz inlands sein soll eine Revolution herbeizuführen, dann muß der Staat jetzt recht wachsig sein! (Sehr wahr! bei den Sozial.) Was uns Graf Westarp das Recht absperrt für die Arbeiter zu sprechen, so brauche ich nur darauf zu verweisen, daß wir unsere Erklärung als Arbeitervertreter dem Vertrauen der Arbeiter verdanken. Daß auch der vernagelte Arbeiter nicht die konservativen Parteien mit der Vertretung seiner Interessen betrauen wird, dafür haben, wenn es noch nötig sein sollte, die heutigen Reden der Herren Graf von Westarp und Dirsien gesorgt. (Bravo! bei den Sozial.)

Dr. Fleischer (Z): Wunderbarerweise ist heute noch nicht das Wort von schwarzblauen Blod gefallen. Aber Sie sehen, das Zentrum bleibt unabhängig, nach rechts und links. Ich sage der Rechten: Wir wollen die sozialen Forderungen auf den geordneten gesetzlichen Verhandlungsweg zwingen. Eine Arbeiterkammer, die andere Ziele verfolgt, kann nach den Kommissionsbeschlüssen aufgelöst werden. Die Kammer sollen nicht in die Autorität der einzelnen Betriebsleiter eingreifen, sondern nur allgemeine Fragen regeln. Auf der anderen Seite bemerke ich, daß der Antrag Albrecht in seiner jetzigen Fassung für uns unannehmbar ist.

Damit schlägt die Debatte.

Verfälschte Bemerkungen: Dirsien und das Reichstagswahlrecht. von Dirsien (RR) erklärt, er sei zu vorsichtig am Reichstagswahlrecht zu rütteln, wenn er wisse, daß das Reichstagswahlrecht kein ist. Dr. Kammann (Z): Das Wort kein kommt aus dem Mund eines Schwachsinnigen, das ist ein Zeichen für die Entlassung des Herrn von Dirsien zum Reichstagswahlrecht. (Sehr wahr! links.)

Der § 1 des Antrags Albrecht wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Rest des Antrags wird darauf zurückgezogen. § 1 der Kommissionsbeschlüsse wird darauf mit großer Mehrheit angenommen, worauf die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt wird. Schluß 6 1/4 Uhr.

Versammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 5. Dezember 1910.

Der Vorsitzende Präses Dimpfer eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 20 Min. und fragt an, ob die verschiedenen im Frühjahr eingekerkerten Kommissionen ihre Berichte erstatten. Zum Teil wird dies zugesagt.

Wahl von 14 Mitgliedern des Bürgerausschusses.

Löwig bemängelt, daß die Liste, die die Vorversammlung aufgestellt hat, keine Vertreter der zweiten Klasse enthält. Es ist überall parlamentarische Sitte, daß die Fraktionen nach ihrer Stärke vertreten sind. Im vorigen Jahre hat die Vorversammlung beschlossen, den zweitklassigen Bürgerchaftsmitgliedern bei der nächsten Ergänzungswahl einen dritten Vertreter einzuräumen; das hat man aber jetzt wieder unterlassen. Ich schlage vor, Herrn Stelling auf die Liste zu setzen, damit die zweitklassigen Wähler, die bisher durch ein niederrangiges Klassenwahlrecht benachteiligt sind (Der Redner wird vom Vorsitzenden unterbrochen und zur Ordnung gerufen), wenigstens die Vertretung im Bürgerausschuß, die ihnen nach der Stärke ihrer Fraktion gebührt, auch erhalten. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, den zweitklassigen Vertretern, die ein Zehntel der Bürgerchaftsmitglieder ausmachen, auch dieses Zehntel im Bürgerausschuß zu gewähren.

Präses Dimpfer: Nach § 73 der Verfassung muß die Wahl ohne Vorschlag in der Bürgerchaft geschehen, der Zettel ist unversindlich.

Dr. Wittern verweist darauf, daß der Vorsitzende früher ausdrücklich zugegeben hat, Vorschläge zu machen.

Brunz: Der Vorsitzende hat doch auf die Vorschlagsliste aufmerksam gemacht, welche nichts anderes als einen Wahlvorschlag bedeutet.

Präses Dimpfer erwidert, daß von ihm aus keine Vorschläge gemacht worden seien.

Lauenstein will Dr. Wittern gewählt wissen.

Ziele wünscht Heise und Stelling gewählt, letzteren schon um der Gerechtigkeit willen.

Dr. Wittern: Die letztjährige Vorversammlung hat drei Mitglieder der zweiten Abteilung vorgeschlagen, in der vierten Abteilung muß das gleiche Verhältnis obwalten. Von den Wählern der vierten Abteilung werden bei den nächsten Wahlen keine mehr für die Bürgerlichen eintreten, wenn die Bürgerchaft selbst deren Interessen verrät. Schon die allgemeine politische Verhältnisse erfordern eine gerechte Verteilung der Bürgerchaftsmitglieder. Redner warnt davor, die ländlichen Vertreter und Wähler so wegzuerwerfen zu behandeln.

Gewählt werden: F. J. Th. Becker, H. W. Behn, G. Chr. K. Glau, Dr. G. M. Götz, B. N. Hinkeldey, J. N. K. Rabus, Dr. R. Chr. M. Köhler, R. K. Köhler, R. M. Köhler, Kaufmann G. Reimpel, J. R. J. Schöps, G. L. W. G. Seibel, Dr. G. Th. Wehke, Dr. Wittern.

Der Vorsitzende macht ferner bekannt, daß zum Beamteneinberufungstag eine ganze Reihe Eingaben eingegangen sind. Diese werden in der betr. Sitzung verlesen. Eine Eingabe wegen Regelung der Zustände am Rugeburger See wird von H. G. Bape als Antrag aufgenommen. Eine weitere Eingabe betrifft die Moislinger Allee, die die Betonten nicht nur gepflastert, sondern auch verbreitert wissen wollen.

Der Senat läßt der Bürgerchaft einen Bericht der Oberschulbehörde über Ersparnisse im Schulwesen zugehen. Die Privatarchitekten sollen verdruckweise zum Wettbewerb bei Staatsbauten zugelassen werden.

Wiederholte Beratung des Antrages von Th. Schwarz und Genossen: Die Bürgerchaft erucht den Senat, anlässlich der übermäßig hohen Fleischpreise seinen Vertreter beim Bundesrat zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß 1. die Grenzperre für die sofortige Einfuhr von Jungvieh, Schlachtvieh und Fleisch auf das für den Seuchenschutz unumgänglich nötige Maß herabgesetzt werde und 2. die Vieh- und Futtermittelzölle aufgehoben werden.

Stelling: Ich will in aller Kürze auf den Antrag eingehen, um Sie zu überzeugen, daß der zweite Teil unseres Antrages eine Notwendigkeit ist, daß der Fleischsteuerung und der Fleischnot entgegengetreten wird. Ich bedauere die Ablehnung des zweiten Teiles im Bürgerausschuß und ferner, daß in Lübeck in dieser Sache nichts geschehen ist; in anderen Staaten ist man doch weiter gegangen, wenn auch nur der Not gehörend, nicht dem eigenen Triebe, und hat Abhilfe geschaffen. Bayern, Baden sind vorangegangen und auch in Schwarzburg-Sondershausen hat das Ministerium Schritte unternommen, hat sich mit Großschlächtereien in Holland und Dänemark in Verbindung gesetzt, um billiges Fleisch zu liefern. Die Regierung hat sich verpflichtet, das Fleisch frachtfrei einzuliefern unter der Bedingung, daß die Gemeinden keine Geschäfte damit machen. Nur von Lübeck hört man nichts. Die Ursache der Fleischsteuerung und Fleischnot ist nicht nur in den Grenzperren zu suchen, sondern die Vieh- und Futtermittelzölle, die das Vieh übermäßig teuer machen, sind dafür verantwortlich. Bei einigen Nachdenken müssen Sie zu der Überzeugung kommen, und das ganz besonders in einer Handelsstadt, daß die Zölle nicht preisverbilligend, sondern preisverteuernd wirken. Das sind doch Tatsachen, die im Handel und Verkehr in Betracht kommen. Deshalb sind wir der Auffassung, daß, wer die Fleischnot bekämpfen will, die Ursachen beseitigen muß, um allmählich das zu erreichen, was erreicht werden soll. Vor allem müssen also die Vieh- und Futtermittelzölle fallen. Stimmen Sie dem Antrage unverändert zu, damit so erregte Zeiten und Verhältnisse nicht wieder vorkommen.

Fußt glaubt, daß die Einführung des Viehs aus Frankreich Abhilfe nicht schafft und zieht in Zweifel, daß das billige auswärtige Fleisch erstklassiger Qualität ist. Wenn die Grenzen geöffnet werden könnten, würde auf die Dauer Abhilfe geschaffen. Vor allem muß — im Einverständnis mit dem Bundesrat — der Landwirtschaft billiges Futter geliefert werden, damit die Viehzucht auch lohnend wird und die Fleischpreise nicht noch höher steigen. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen; glauben Sie aber nicht, daß dadurch die Preise bedeutend fallen; so niedrig wie sie früher waren, werden die Fleischpreise nicht mehr werden.

Lauenstein wandert sich nicht, daß der Senat die Eingabe noch nicht an den Bundesrat gelangen ließ, denn er wolle erst die Verhandlungen im Reichstag abwarten, und dort ist die Antwort so deutlich von der Regierung gegeben worden, daß man damit zufrieden sein kann. Herr Schwarz hat selbst erklärt, daß eine Fleischnot nicht existiere, sondern nur eine Fleischsteuerung. Ich sehe nicht ein, warum über besonders vorgehen soll. Man braucht nicht immer Maßlosigkeit zu zeigen, auch Schweinefleisch ist gut. Die Sozialdemokraten gehen jeden Sonntag auf

Land hinaus und agitieren; dadurch werden die Löhne höher und die Lebensmittel teurer. Der Arbeiter soll auf seiner Scholle bleiben, und sich seines Lebens freuen. Die Sozialdemokratie sollte nicht immer hegen. Man braucht nicht gleich darauf loszuschreien, wenn einmal einige Monate das Fleisch teurer wird. Die Zettungen in Lübeck preisen doch in den Annoncen billiges Fleisch an. Die Landleute sind für die Teuerung nicht in Anspruch zu nehmen. Fremde Futtermittel brauchen wir nicht, der eigene Roggen ist so billig, daß er verflütert werden kann, übrigens werden genügend Futtermittel eingeführt.

Brösch bestritt die Fleischnot. Die Ferkelmärkte zeugen bald von Überproduktion. Die Schweinezucht betreibt hauptsächlich der Mittel- und Kleinbauer. Rentiert sich diese nicht mehr, werden die Zuchtchweine geschlachtet und dadurch erst recht eine Fleischteuerung geschaffen. Die Sozialdemokratie ist an den hohen Löhnen, die die Landwirtschaft bezahlen muß, mit schuld; wundern muß man sich nur, daß die Milch noch nicht teurer geworden ist. Die Landleute wollen keine teuren Preise, sie haben selbstverständlich auch an billigen kein Interesse. Warum hat denn die Genossenschaftsbäckerei keine Schweinezucht eingeführt, wenn sie so rentabel ist? Die Herren vertehen doch sonst ihre Betriebe so gut zu leiten. Die Viehpreise haben mit den Fleischpreisen nichts zu tun.

Stelling: Herr Just hat im allgemeinen meine Angaben bestätigt. Lauenstein erklärte, die Debatten im Reichstage über die Fleischnot hätten aufklärend gewirkt. Ich muß Herrn Lauenstein darin recht geben, sie haben insofern aufklärend gewirkt, indem man ersehen hat, daß von Seiten der Reichsregierung wenig zu erwarten ist, wenn es sich um Beseitigung von Miß- oder Missetänden handelt. Der Minister Schorlemer sagte, die Bevölkerung Deutschlands habe sich zu sehr an den Fleischgenuß gewöhnt, daher rühre die Fleischnot. Herr Lauenstein — der sicherlich kein Vegetarier ist — wird sich das Fleischessen wohl auch nicht verwehren lassen, jedenfalls will er doch recht billig kaufen. Von unserer Seite ist doch nie, wie Lauenstein behauptet, eine Fleischnot in Abrede gestellt worden. Herr Lauenstein wollte mit seinen Ausführungen, die Bevölkerung solle, statt nur Rindfleisch zu essen, sich mehr an den Schweinefleischgenuß gewöhnen, doch nur zum Ausdruck bringen, daß die Bevölkerung verwöhnt ist. Mit dieser Begründung kann man ja auch Fuder- und Kagenfleisch empfehlen. Sehen Sie sich aber mal in den Arbeiterwohnungen um, und Sie werden finden, daß man sich dort freut, wenn nur Schweinefleisch auf den Tisch kommt. Nun soll gar die Sozialdemokratie an der Fleischteuerung schuld sein, weil sie gegen die Bürgerlichen agitiere, damit höhere Löhne bezahlt werden; die Lohnhöhe soll der Grund der Fleischteuerung sein! Diesen Einwand sollte man doch außer acht lassen, denn die Löhne auf dem Lande sind gerade niedrig genug, sie stehen in keinem Vergleich zu den Löhnen anderer Arbeiter in den Städten. Bei den Agrariern merken wir nichts von einer Fleischnot, manche Agrarier liefern nicht den Beweis, daß sie schlecht leben; sie können sehr gut auch bei geringeren Fleischpreisen bestehen. Nicht nur die Sozialdemokratie, auch andere Leute haben ihnen dies vorgerechnet. Auch die Behauptung von der Landflucht sollte man beiseite lassen. Daß ein Mann verarmt und dann von der Stadt wieder aufs Land geht, wo er besser haben soll, glaubt Herr Lauenstein wohl selbst nicht. Er ist ja selbst in die Stadt gezogen, öffentlich verarmt er hier nicht. Deutschland ist ein Industriestaat und auf Einfuhr angewiesen. Redner geht weiter auf die Einwendungen von Brösch ein und hebt hervor, daß gerade in Dänemark die Landwirtschaft durch die Viehzucht groß geworden sei; es muß eben rationell gewirtschaftet und der wissenschaftliche Fortschritt ausgenutzt werden. Die Behauptung Bröschs, die Landwirtschaft wolle keine übermäßig hohen Preise, stimmen nicht ganz, denn vor ganz kurzer Zeit würde verurteilt, die Milch zu verteuern. Ein Beweis, daß die Wirklichkeit nicht immer so schön ist, wie hier erzählt wird. Die Herren Agrarier haben das Bestreben, möglichst viel herauszuschlagen aus Kosten der breiten Schichten der Bevölkerung. Stimmen Sie unserem Antrag zu und überweisen Sie ihn dem Bürgerausschuß.

Fußt: Die Regelung der Fleischpreise kann Herr Brösch ruhig der Konkurrenz überlassen. In den landwirtschaftlichen Versammlungen wird völlig grundlos immer der Zwischenhandel für die Teuerung verantwortlich gemacht.

Der Antrag Schwarz wird hierauf abgelehnt.

Es folgt der Antrag von Dr. med. Ziehl und Genossen: Auf Grund des Artikels 45 der Verfassung ersucht die Bürgerchaft den Senat um Auskunft darüber, ob der Bürgerchaft noch im Laufe dieses Jahres ein Antrag des Senates auf Einführung einer zweiten Lesung zugehen wird.

Dr. Ziehl: Der Wunsch nach zweiten Lesungen besteht in der Bürgerchaft schon lange. Vor einem Jahre wurde ein entsprechender Antrag von der Bürgerchaft an den Senat gebracht; es ist nun endlich einmal an der Zeit, daß der Senat Auskunft gibt, welche Stellung er dazu einnimmt. Im Laufe dieses Budgetjahres kann der Senat wohl seine Ansicht kundgeben.

Senator Frehling: Der Antrag ist wiederholt beraten worden im Senate. Der Senat hat seinen Widerstand aufgegeben und wird noch in diesem Monat eine diesbezügliche Vorlage der Bürgerchaft zugehen lassen.

Dr. Ziehl legt hierauf seinen Antrag zurück.

Beim Antrag betr. Bewilligung von Witteln für die Anstellung von Schulärzten für die Jahre 1911 bis 1913 weist Dr. Schlömer darauf hin, daß die Anstellung von Schulärzten überall Anklang gefunden habe. Zu bedauern ist nur, daß der Bericht vom Hygienus für 1909 der Bürgerchaft noch nicht zugegangen ist; man könnte dann Vergleiche ziehen und Vorschläge für die Schulärzte treffen. Denn die Krankheiten der Schulfinder sollen nicht nur festgestellt, sondern es sollen auch Einrichtungen getroffen werden, um die Schulkrankheiten zu beseitigen resp. ihnen vorzubeugen. Die Einführung der Zahnpflege für Schulfinder ist weiter erforderlich, denn die aus dem Bericht hervor gehenden Tatsachen bestätigen dies. In anderen Städten ist die Zahnpflege auch eingeführt. Ich richte die Anfrage an den Senat, wie weit die Verhandlungen in der Zahnpflege angelegentlich geblieben sind und in welcher Form die Einrichtung gedacht ist.

Senator Kulemta: Der Bericht des Kreisphysikus erscheint zusammen mit dem der Oberschulbehörde. Bezüglich der Zahnpflege hat Herr Dr. Schlömer mich seinerzeit mißverstanden.

Meinert: Die Schulärzte sind nur für die Stadt und Vorstädte eingestellt, mit demselben Recht hat auch die Landbevölkerung Anspruch darauf. Ich stelle den Antrag, zu lagen statt für die Stadt für den Staat Lübeck.

Senator Kulemta: Die Frage ist seinerzeit eingehend erörtert worden. Vorberhand muß davon Abstand genommen werden.

Dr. Ziehl: Wenn Herr Meinert diese Änderung will, muß er einen Antrag stellen, in dem auch die Summe dafür eingebracht wird.

Meinert kann die Antwort des Senats nicht befriedigen. Wir sind doch ein einziges Staatswesen, in dem jeder Bürger das gleiche Recht hat.

Feglmeyer (Mösling) ersucht Meinte, den Antrag vorläufig zurückzuziehen. Wenn der Antrag nur einmal im Jahre die Schule besucht, hat es wenig Zweck. Bei der Revision des Unterrichtsgesetzes kann alles geprüft werden.

Fehling wünscht den Antrag Meinte aufrechtzuerhalten, damit festgestellt wird, daß die Landgemeinden auch die Kosten tragen wollen.

Meinte: Mit dem Unterrichtsgesetz hat diese Vorlage nichts zu tun. Es handelt sich, wie ich gegenüber Fehling bemerkte, hier um eine Ausgabe des Staates, zu der alle mit beitragen müssen.

Lauenstein ersucht, den Senatsantrag abzulehnen, und ferner Herrn Meinte, seinen Antrag zurückzuziehen.

Der Senatsantrag wird angenommen, der Zusatzantrag von Meinte ebenfalls.

Aufhebung der Lehrerinnenbildungsanstalt.

Böger: Wir werden schweren Herzens dem Antrage zustimmen. Die Verantwortung, daß die Lehrerinnenbildungsanstalt aufgehoben wird, tragen die Herren, die am 19. September es nicht über sich bringen konnten, der Senatsvorlage ihre Zustimmung zu geben. Wir beharren nach wie vor auf unserem Standpunkt. Man kann ruhig sagen, ein Stück Kultur wird damit zu Grabe getragen, daß man den Frauen ein ihnen zustehendes Recht aufhebt. Nun müssen sich die fleißigen Kleinbürger bei den Herren bedanken, daß es ihnen nicht mehr möglich ist, ihre Töchter den Beruf als Lehrerin erlernen zu lassen. Fabelhafte Gründe wurden gegen die Senatsvorlage betr. Errichtung eines Lehrerinneninternats unter weiblicher Leitung vorgebracht, die wir in zwei Sitzungen anhören mußten. Ich verstehe den konsequenten Antrag des Senates wohl und deshalb stimme ich der Vorlage zu.

Hauptlehrer Reimpell glaubt, daß dieser Antrag ein Verlegenheitsprodukt ist. Die Statistik, die ich seinerzeit gab, hatte ich auf Grund des Berichtes der Oberschulbehörde gegeben, was ich hiermit festgestellt wissen wollte, weil die Zahlen damals bezweifelt wurden.

Senator Kulenkamp erklärt, es sei kein Verlegenheitsantrag, die Ziffern, die er damals gab, halte er vollkommen aufrecht.

Schlemann: Die Bürgerschaft möchte die Lehrerinnenbildungsanstalt nicht aufgehoben wissen, nur der Organisation, wie sie der Senat einführte, stand sie entgegen.

Fehling wünscht, daß der Senat bei Gelegenheit eine ähnliche Vorlage wieder einbringt, wenn sich das Bedürfnis einstellt.

Thiele erkennt ein Bedürfnis für eine solche Anstalt für Lübeck nicht an. Deshalb habe er und seine Freunde seinerzeit die entsprechende Senatsvorlage abgelehnt.

Der Antrag wird angenommen.

Beim Antrag betr. Wasserversorgung des Niedersiedlungsgebietes Küdnitz hält

Lippert Kommissionsberatung für notwendig, weil die Vorlage unvollständig sei. Die Einführung der Wassermesser kann nur auf Beschluß der Bürgerschaft geschehen. In Küdnitz sind die Arbeiterwohnungen teurer als in Lübeck, würde das Wassergeld eingeführt, steigt der Preis noch weiter, um so mehr, als dort der Kubikmeter Wasser 80 Pfg. kostet, während er in Lübeck nur mit 10 Pfg. bezahlt wird.

Glasau will die Vorlage des Senats ganz abgelehnt wissen. Die Kolonie ist noch zu wenig entwickelt, selbst größere Gemeinden haben noch keine Wasserleitung.

Senator Lienau: Die heutige Vorlage ist lediglich eine Folge derjenigen, die sich mit der Anstellung von Küdnitz beschäftigte. Der Vertrag mit dem Hochofenwerk führt nur das aus, was die Bürgerschaft beschlossen hat. Die Zentralwasserversorgung ist besser, als die mit Brunnen. Sollten Sie mit Einzelheiten der Vorlage nicht einverstanden sein, steht es Ihnen ja frei, Änderungen zu beantragen. Die Röhren sind bereits gelegt und erfordern 2000 Mark Zinsen.

Soleman stimmt für Kommissionsberatung und läßt sich über die Bedingungsvorschriften aus. Der ländliche Charakter sollte erhalten bleiben, dies könnte nur so eher geschehen, als der Boden für billiges Geld hergegeben wurde. Die Bautätigkeit ist sehr gering, und für Arbeiter sind wenig Häuser errichtet, dadurch sind die Mieten teuer geworden. Eine Wohnung für 330 Mk. kann sich ein Arbeiter nicht leisten, 200 Mk. ist das äußerste, was er ausgeben kann. Diese hohen Preise für einfache Wohnungen sind mir nicht erklärlich, unsere Erwartungen sind in keinem Maße erfüllt. Der Senat sollte diesen Umständen entgegenzutreten.

Böhs: Daß eine Wasserversorgung in dieser Weise notwendig ist, beweist die Vorlage nicht, wenigstens sind die Bedingungen nicht erfüllt, unter denen sie errichtet werden soll. Wenn man die Einwohner nicht zwingen kann, Kunstwasser zu nehmen, ist die Rentabilität noch mehr in Frage gestellt. Lortkuhl hat für den Boden 1,70 Mk. pro Quadratmeter bezahlt und gibt ihn für 6 Mk. wieder ab; da ist es allerdings nicht möglich, billige Arbeiterwohnungen zu schaffen. Dem einzelnen Abnehmer muß der Grund vom Staat ebenso billig abgegeben werden wie an Generalabnehmer. Ein Bauplatz für ein Arbeiterwohnhaus darf nicht mehr als 1500 Mark kosten. Deshalb muß der Staat den Grund und Boden billig abgeben. Es muß eine Orientierungstafel angebracht werden, auf der die Plätze und Preise verzeichnet sind.

Senator Fehling: Dem Wunsch des Herrn Böhs, eine Orientierungstafel anzubringen, soll entsprochen werden.

Dr. Schlomer kann den ablehnenden Ausführungen Glasau nicht folgen und unterstützt den Antrag auf Kommissionsberatung. Nach der Rentabilitätsberechnung der Anlage ist es zweifelhaft, ob wir durch den Vertrag, den wir mit dem Hochofenwerk schließen wollen, den besseren Teil erwählen. Wir brauchen vom Hochofenwerk nicht abhängig zu sein, denn es sind schon schlechte Erfahrungen damit gemacht worden. Auf dem Papier steht alles besser aus. Es wird schwer halten, später vom Vertrage zurückzutreten und schließlich ist eines Tages Küdnitz ohne Wasser. Wenigstens muß eine Konventionalstrafe festgelegt werden, wenn die festgesetzten Bedingungen nicht erfüllt werden. Die Kommission muß prüfen, ob ein eigenes Wassernetz nicht besser ist und eine Rentabilität nicht schon bei geringerer Einwohnerzahl eintritt. Die Vorlage hat noch Zeit, weil ja Brunnen vorhanden sind. Die Bebauung schreitet leider so langsam fort, daß die Kommission in Ruhe alles prüfen kann. Was die Bebauungsfrage in Küdnitz betrifft, so habe ich bereits im Frühjahr ausgeführt, daß wir auf Grund des Vertrages zu solchen Zuständen kommen. Der Senat bestritt damals, daß für den Unternehmer ein Monopol vorhanden sei. Das ist aber trotzdem der Fall. Die besten Plätze sind eben in Händen des Herrn Lortkuhl. Wenn nun gesagt wird, das Finanzdepartement habe noch genug Plätze zu verkaufen, die Herren sollten nur kommen, so muß doch betont werden, daß die besten Plätze weggegeben sind, die, welche dem Staate gehören, besitzen noch keine Straßenanlagen. Diese können also die Arbeiter nicht erwerben und die Unternehmer hüten sich, Häuser darauf zu stellen. Die heutigen Zustände haben dazu geführt, daß kein Arbeiter sich dort niederlassen kann, 310 und 320 Mark Miete für eine Wohnung sind dort gang und gäbe. Mir wurde auch gesagt, daß der Herr nicht

baut, weil er der Kolonie des Hochofenwerks keine Konkurrenz machen will. Jeder Arbeiter ist aber bestrebt, aus der Zwangskolonie dieses Wertes zu entfliehen, um freier Mann zu werden. Dem Unternehmer hätte man im Vertrage zur Bedingung machen sollen, daß er bauen muß, damit Arbeiterwohnungen entstehen. Wenn der Staat nicht selber bauen will, muß er Straßen anlegen, um dem Monopol Konkurrenz zu schaffen. Kommissionsberatung ist deshalb notwendig.

Senator Lienau: Ein Monopol ist in Küdnitz nicht vorhanden, es kann jeder dort kaufen, denn die besten Plätze sind nicht vergeben, sie sind noch frei. Straßen müssen eben noch angelegt werden. Der jetzige Mangel solcher ist kein Grund die Vorlage abzulehnen. Auch hat das Hochofenwerk kein besonderes Interesse, den vorliegenden Vertrag abzuschließen, es ist der Behörde nur mit großer Mühe gelungen, sich mit dem Werke zu einigen.

Lippert: Der Senat hat wohl recht, wenn er sagt, die in der Erde liegenden Wasserrohre nützen uns nichts; sie nützen uns aber doch, nämlich insoweit, als wir daraus die Lehre ziehen, in Zukunft nichts mehr stückweise zu bewilligen. Diese Gesetzesmacheret mache ich nicht mehr mit. Wenn wir eine Materie regeln, so müssen wir sie richtig regeln. Sollten die Arbeiterwohnungen durch die Wasserleitung teurer werden, stimme ich gegen die Vorlage, selbst wenn die Röhren unbenutzt liegen bleiben.

Schorer ist erstaunt über die mangelhafte Auskunft, die die Vorlage gibt und wünscht Kommissionsberatung. **Glasau** bedauert die späte Einbringung der Vorlage. In Küdnitz kann man nicht billiger bauen als hier. Lortkuhl treibt keinen Bodenwucher, denn auch das Finanzdepartement hat für 4 Mk. den Quadratmeter verkauft.

Dimker: Das Wort Bodenwucher ist hier nicht gefallen, sonst würde ich es gerügt haben.

Schwabroch (schwer verständlich) polemisiert gegen Dr. Schlomer und nimmt das Hochofenwerk in Schutz. Die Gründe für die teuren Wohnungen liegen vielleicht in den Bauvorschriften.

Fehling ist gegen Kommissionsberatung. Die Kosten eines eigenen Brunnens sind so erheblich, daß der Anschlag an das Wasserwerk nichts verteuert. Die Herren, die billige Wohnungen wünschen, müssen für die Anlage eintreten; städtischen enthält dort sämtliche Wohnungen 8 Zimmer, Küche und Gartenland. So geräumig brauchen die Wohnungen nicht zu sein, wenn man auf Billigkeit sieht; durch die hohen Dächer wird der Bau ebenfalls verteuert, das ästhetische Prinzip muß eben zurücktreten, wenn den Wünschen auf billige Wohnungen entsprochen werden soll. Der Staat hat keine Veranlassung, die Terrains unter Wert herzugeben. Herr Lortkuhl ist nicht in der Lage, Grundstücke ohne weiteres zu verkaufen, nur dann hat er hierzu ein Recht, wenn er zugleich einen Bebauungsvertrag mit dem Käufer eingibt. Er omnibus 6 Mk., die für einen Platz pro Quadratmeter gefordert und gezahlt wurden, resultieren aus dem eigenartigen Platz, den der Käufer haben wollte, der in einem nicht anbaufähigen Terrain liegt.

Böhs dankt den beiden Vorrednern für ihr Eintreten zugunsten Lortkuhls, den er selbst noch weiter in Schutz nimmt durch Verlesen einer Rechtfertigung des Angegriffenen.

Böhs: Herr Lortkuhl kann selbstverständlich Bauplätze so teuer verkaufen wie er will, dem steht nichts entgegen, aber wir müssen wünschen, daß der Staat billige Bauplätze hergibt.

Landrichter Dr. Meyer bezweifelt die Eiligkeit der Vorlage.

Senator Lienau betont das Wünschenswerte der baldigen Herstellung der Wasserversorgung, Kommissionsberatung würde die Errichtung nur verzögern.

Der Antrag Lippert, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen, wird angenommen.

In diese Kommission werden gewählt: Böhs, Coleman, Glasau, Grünau, Lippert, Schwabroch, Thiele, Dr. Wehke und als Ersatzmänner Dr. Schlomer und Schorer.

Debatte über die Anträge betr. Errichtung eines Stalles bei der Quarantänestation, Erlaß eines zweiten Nachtrages zu der Verordnung vom 15. September 1910, betreffend die Erhebung einer Gebühr für Ein- und Auslieferung von Schiffen; Änderung des Zeitpunktes für die Zahlung der Gehalte und der Ruhegehälter der Mitglieder des Hanseatischen Oberlandesgerichts.

Der nächste Antrag betrifft die Zulassung von Abiturienten von Oberrealschulen zur ersten juristischen Prüfung.

Scharff: Von dem Antrag können wir leider in Lübeck keinen Gebrauch machen, aber die in Aussicht stehende Erhebung der Realschule am Dom zu einer Oberrealschule ist sehr erwünscht und wird sicher in der Bürgerschaft auf keinen Widerspruch stoßen.

Senator Fehling: Dies steht zum 1. April 1912 in Aussicht. Die Oberschulbehörde hat dazu allerdings noch keine Stellung genommen.

Dr. Bendä bestrittet die Übereinstimmung der Bürgerschaft in dieser Frage und bekennt sich als Gegner eines solchen Ausbaues.

Der Antrag wird angenommen.

Beim Senatsantrag, betreffend Bewilligung von Mitteln zur Fortführung des Lübeckischen Urkundenbuchs und zur Anstellung eines zweiten akademisch gebildeten Beamten beim Staatsarchiv weist

Hauptlehrer Reimpell darauf hin, daß die Beamten des Reichs und in Preußen sich längst im Besitze der Gehaltserhöhung befinden und fragt an, ob der Senat den Beamten Lübecks noch vor Weihnachten einen Teilbetrag der bevorstehenden Gehaltserhöhung zukommen lassen will.

Senator Fehling: Der Senat ist nicht gewillt, hier eine Zustimmung, ohne Rat- und Bürgerbeschluß zu geben und ohne daß Deckung für den Beamtensolvenzetat vorhanden ist.

Dahms wünscht weitere unentgeltliche Hilfe oder eine jüngere Kraft, die nicht gleich den vorgeschlagenen hohen Gehalt bezieht; er beantragt Kommissionsberatung.

Archivar Dr. Kerschmar betont die Notwendigkeit der Anstellung eines zweiten Beamten und geht ausführlich auf die Entwicklung des Staatsarchivs ein, wo sich das Material laminenartig angesammelt habe. Das Archiv ist nicht nur eine wissenschaftliche Behörde, es ist vielmehr die Kustodian für die staatlichen Behörden, um die staatsrechtliche Verwaltung zu führen und die Geschichte der Hanse zu fördern. Der Etat für das Archiv war vor drei Jahren bei meinem Amtsantritt genau so hoch wie im Jahre 1911, als das Archiv beantragt wurde.

Dr. Schenck tritt für die Vorlage ein; ein Amt das 56 Jahre trotz der großen Vermehrung der Bücher und des Altbestandes von einem Beamten verwaltet worden ist, erfordert notwendig eine weitere Arbeitskraft.

Dr. Kerschmar: Ein jüngerer Beamter wäre kein Vorteil für das Archiv, dem nur eine erfahrene Kraft dienen kann.

Dr. a. Brocken ist ebenfalls für die Anstellung eines weiteren Beamten.

v. Schack kann eine sofortige Annahme des Antrages nicht aufheben und warnt vor der immer weiteren Ausdehnung von Beamten mit hohen Gehältern. Die heutige Finanzlage des Staates zwingt zur Ablehnung des Senatsantrages.

Senator Fehling blüht den wohlwollenen Antrag anzunehmen, im Interesse der Behörden und des Staates.

Fehling: Hätte der Senat mit der Anstellung gewartet, bis der Beamtensolvenzetat verabschiedet wäre, würde Herr v. Schack erst recht dagegen opponiert haben; im übrigen ist die Anstellung unbedingt nötig. Eine Kommission kann zu einem anderen Resultat nicht kommen.

Dr. Bendä: Die Notwendigkeit der Neuanstellung ist hier klar nachgewiesen. Unserm Archiv sind praktische Aufgaben gestellt, jede Behörde benötigt es.

Dr. Wittern ist ebenfalls von der Notwendigkeit der Anstellung überzeugt, doch muß das Archiv den Privaten zugänglich gemacht werden. Ist dies nicht der Fall, muß eine Kommission diese Angelegenheit regeln.

Senator Fehling: Mit den früheren Grundrissen soll gebrochen werden, und überall da, wo das Staatsinteresse nicht andere Maßnahmen erheischt, soll das Archiv den Privaten zur Verfügung stehen.

Dahms vertritt nochmals kommissarische Beratung.

Dr. Kerschmar weist auf die große Organisation hin, die das Archiv zu bewerkstelligen habe und die einen zweiten erfahrenen Beamten notwendig mache.

v. Schack vertritt nochmals seinen Standpunkt, will den Antrag zurückgestellt wissen, bis die Reorganisation der Verwaltungsbehörden erledigt sei; vielleicht sei dann mancher Beamte überflüssig und könne hierzu verwendet werden.

Senator Fehling: Das Streben, unsere Ausgaben zu vermindern, haben wir alle. Die Reorganisation der Verwaltungsbehörden hat hiermit nichts zu tun, die heutige Forderung ist nicht zurückzuführen.

M. v. B.: Die heutige Sachlage zwingt uns, die Angelegenheit noch etwas hinauszuschleppen, und das kann durch Kommissionsberatung geschehen. Vor allem muß die Gewerbeleiter erst beraten werden.

Lippert betont, daß die Frage zur Erledigung drängt, der Beamte muß bewilligt werden. Soll die Verwaltung reorganisiert werden, muß vor allem bei der Registratur angefangen werden.

Dahms: Die Gründe sind finanzieller Natur und erfordern kommissarische Prüfung.

Senator Fehling: Die Bürgerschaft muß bei solchen Fragen sich von Vorurteilen befreien, wies der Senat ebenfalls macht.

Dr. Wittern: Wenn die Sache seit 1884 so gut gegangen ist, kommt auch auf einige Wochen nicht an. Die Erklärung des Senatskommissars in Bezug auf die Benutzung des Archivs befriedigt mich nicht, die Bürgerschaft hat es heute in der Hand, durchzudrücken, daß das Archiv jedem zugänglich gemacht wird.

Senator Fehling: Der Senat würde es nie zugeben, bedingungslos das Archiv preiszugeben, eher müßte er auf die Anstellung verzichten.

Schorer ist für Kommissionsberatung. **Landrichter Dr. Meyer:** Vom Senatstische kann keine andere Erklärung ergehen; soweit das öffentliche Interesse in Frage kommt, muß die Regierung die Entscheidung haben.

Fehling hält die Verkuppelung dieser beiden Fragen für verfehlt. Der Standpunkt Dr. Witterns läßt sich nicht durchsetzen.

Dr. Wittern: Ich denke nicht daran, den Senat zu einer Äußerung zu drängen, ich will nur nicht, daß rein fiskalische Interessen als öffentliche hingestellt werden. Solange wir den Vogel in der Hand haben, wollen wir ihn nicht fliegen lassen.

Schlemann: Ein ordentliches Archiv ist die Grundlage des Staates, den Interessen des Staates entspricht die sofortige Anstellung eines Beamten. Die angeschnittenen Fragen müssen geprüft werden, dürfen aber nicht mit der Anstellung in Zusammenhang gebracht werden.

Die Vorlage wird angenommen.

Die Sitzung wird hierauf auf kommenden Montag vertagt.

Schluß 7/11 Uhr.

Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

Am Montag wird zunächst der Fall **Witz** verhandelt. Es ist das ein Clou der Anlage. Witz ist der Schankwirt in dessen Lokal anfangs der Sitz des Streitkomitees war. Nach der Anlage war dieses Lokal gewissermaßen ein Herd der Revolution. Die armen Arbeitwilligen wurden in dieses Lokal geschleppt, dort vor eine Art Fremgericht gestellt, an Leib und Leben bedroht, falls sie die Arbeit nicht niederlegen würden, und zum Teil auch auf schwerste mißhandelt. Die Zeugenernehmung ergab ein wesentlich anderes Bild.

Der erste Zeuge ist der Arbeiter **Wellschmidt**. Nach seinen eigenen Angaben haben die Streitenden ihn aufgefordert, in das Lokal mitzukommen, man würde ihm dort andere Arbeit verschaffen. Er ist, wie er sagt, auswillig ohne weiteres mitgegangen, weil es ihm ganz gleich war, ob er bei Kupfer oder wo anders arbeite. Er hat sich auch in dem Lokal, wo die Streitenden waren und ihm zuredeten, ohne weiteres bereit erklärt, die Arbeit bei Kupfer niederzulegen, und die von den Streitenden ihm nachgewiesene anzunehmen. Dann ist er nach vorn in das Gastzimmer gegangen, und einer der Streitenden hat noch ihr ihm Abendbrot bestellt, das er verzehrt hat. — Es spielte sich dann ein Vorfall ab, der nicht aufgeklärt werden konnte. Es sind plötzlich aus dem hinteren Zimmer, in dem der Zeuge vorher mit den Streitenden gewesen war, einige Männer herausgestürzt und haben den Zeugen mit dem Rufe: „Du willst uns noch belügen“ mißhandelt. Der Gastwirt Witz war kurz vorher, wie der Zeuge sagt, nach hinten gegangen, und er ist der Meinung, daß der Gastwirt die Leute gegen ihn aufgebracht hat. Tatsächlich war Witz in dem Keller gegangen, was aber Wellschmidt nicht wußte. Aus welchem Grunde er mißhandelt worden ist, ließ sich nicht feststellen. Der Gastwirt Witz hat ihn, sobald die Schlägerei losging, nach der Straße gebracht, weil er in seinem Lokal eine Schlägerei nicht dulden wollte. Der Zeuge allerdings behauptet, daß der Gastwirt ihn in die Mißhandlungen zurückgestoßen habe, doch geht aus der Aussage eines anderen Zeugen, des Arbeiters **Baumann**, ganz klar hervor, daß dem Witz darum zu tun war, in seinem Lokal unter seinen Umständen Schlägerei zu haben.

Einige andere Arbeitwillige sind ebenfalls wie Wellschmidt in das Lokal gekommen und haben sich dort ebenfalls wie Wellschmidt bereit erklärt, andere Arbeit anzunehmen und die Arbeit bei Kupfer niederzulegen. Es ist keinem von ihnen ein Haar gekrümmt worden. Freilich waren die Streitenden zum Teil sehr erbost auf sie und machten aus Mienen, einen jungen Mann, wie der eine Zeuge ausлагt, zu schlagen. Aber der Streikleiter, Herr **Milatz**, hat sie sofort

davon abgehalten und nicht gebildet, daß irgendwie eine Gewalttätigkeit gegen Arbeitsmilitäre begangen würde.

Bei der Vernehmung des Weichschmidt kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger Liebnecht und dem Vorstehenden. Das Gericht lehnte wiederholt Fragen des Verteidigers ab, beschloß aber, Fragen des Vorstehenden, die von der Verteidigung beanstandet waren, zuzulassen.

Der Fall Witz soll Mittwoch weiter verhandelt werden. Es werden hierzu 81 von der Verteidigung genannte Zeugen geladen.

Die Nachmittags-Sitzung wurde zum großen Teil ausgefüllt durch die Vernehmung des Redakteurs der „Liberalen Korrespondenz“, Erdmannsdorfer, der seine Beobachtungen bei einem Rundgang durch Moabit schildert. Im großen ganzen hat sich nach seinem Urteil das Publikum ruhig verhalten; an den verächtlichsten Straßenecken standen sich Schulkleute und Publikum wie feindliche Heerlager gegenüber. Aber zu Angriffen ist es auf keiner Seite gekommen. Dagegen hat er gesehen, wie ein einzelner Mann in der Nähe des Bahnhof-Weichstraße über den Damm lief, gefolgt von einem Polizeioffizier und einer großen Anzahl von Schulkleuten, die die Säbel gezogen hatten. Der Offizier gab dem Mann einen Stoß mit der Faust ins Gesicht. Der betreffende Offizier, der an den von Erdmannsdorfer angegebenen Stellen kommandiert hatte, wurde telefonisch herbeigerufen, dem Zeugen gegenübergestellt und von ihm wiedererkannt. Er leugnete nicht, gestochen zu haben, nur erklärte er, er könne sich der Einzelheiten nicht mehr genau erinnern. An einer andern Straßenecke hat der Zeuge gehört, wie ein Schutzmännchen dem gegenüberstehenden Publikum das Wort „Schufte“ zurief. Der Zeuge fällt ein höchst abfälliges Urteil über das Verhalten der Polizei.

Ein anderer Zeuge sagte mit großer Bestimmtheit aus, daß er unter der Menge Kriminalbeamte beobachtet hätte, die „Blut Hunde“ geschrien haben. Einen dieser Beamten hätte er an einem späteren Tage so genau wiedererkannt, daß ein Irrtum ausgeschlossen ist. Im übrigen wurden wiederum zahlreiche Fälle von Mißhandlungen Inhaftierter zur Sprache gebracht. Es wiederholt sich das Schauspiel der letzten Tage. Die Inhaftierten bekundeten ihre Mißhandlungen und zeigten auch die Spuren der von Faustschlägen und Säbelhieben herrührenden Wunden. Die Polizeibeamten bestritten mit ebenso großer Entschiedenheit jede Mißhandlung.

Fortsetzung Dienstag.

Gemeinschaftsbewegung.

Drohung mit dem Generalstreik als Protest gegen das Rouener Geschworenengericht. Da der Bürgermeister von Rouen die Veranlassung einer Protestversammlung gegen den Wahrspruch der Rouener Geschworenen in der Arbeitsbörse verboten hat, fand eine Versammlung in dem benachbarten Sotteville statt. Die Versammlung nahm einen Antrag an, wonach der Gesamtzustand proklamiert wird, falls der zum Ende verurteilte Syndikatssekretär Durand nicht in zwei Monaten frei ist.

Zum Streik in der Vielesfelder Wäschebranche. Montag, den 5. Dezember, begannen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts Verhandlungen; davon wird es abhängen, ob bald ein Frieden geschlossen werden kann.

Bei der Schiffsfabrik V. Greiner in Zweibrücken sind wegen Lohnunterschieden sämtliche Arbeiter ausständig. Die Firma sucht auswärts Arbeitskräfte. Zugang ist fernzuhalten.

Achtung, Fliesenleger, bei Arbeitsangeboten nach Mailand! Seit ungefähr 6 Wochen sucht die Firma Giovanni Schmidt in Mailand im „Deutschen Arbeitsmarkt“ Fliesenleger. Den deutschen Fliesenlegern sind anscheinend die Verhältnisse in Mailand nicht genügend bekannt, obwohl sie in der Fachpresse des öfteren geschilbert wurden. Nur so ist es zu erklären, daß sich in letzter Zeit sehr viele deutsche Fliesenleger bei der Firma gemeldet haben. Da sämtliche deutsche Legeer der Firma seit drei Wochen wegen Arbeitsmangel auslegen müssen, kann vor der Eingehung von Verträgen oder vor Reisen nach Mailand nur dringend gewarnt werden, zumal der Lebensunterhalt in Mailand für die Deutschen doppelt so teuer ist, wie in der Heimat, die Löhne aber nicht im geringsten höher sind. Anfragen wolle man richten an: Adolf Schulz, Ristorante „Alle due Americhe“, Via Ponte Seseo 3, Mailand.

Lohnbewegungen im Steinbildhauerwerk. Die Steinbildhauer in Hamburg stehen seit ca. 6 Wochen in einer Laubbewegung. Sie wünschen durch kollektiven Arbeitsvertrag festgelegt, was schon bisher im allgemeinen üblich war bei allen besseren Firmen in Hamburg: 7stündige Arbeitszeit und einen Lohn in Höhe des bisherigen Akkordverdienstes. Gegen letzteres wenden sich die Unternehmer, die behaupten, zu Lohn nicht daselbe, wie in Akkord zahlen zu können. Als mehreren Gehilfen größere Akkordarbeiten angeboten wurden, lehnten sie das ab, andere schlossen sich dem an, die übrigen erklärten sich solidarisch, nachdem die Unternehmer einen Gegenarif den Gehilfen aufzotroieren wollten. Somit befinden sich jetzt sämtliche Steinbildhauer in Hamburg, gegen 40 im Auslande. Zu weiteren Verhandlungen erklärten sich die dem Arbeitgeberverband des Baugewerbes angehörenden Unternehmer nur dann bereit, wenn vorher die Arbeit wieder aufgenommen und die Warnung vor Zugang im „Hamburger Echo“ verhindert wird. Darauf konnten die Gehilfen nicht eingehen. Die Konjunktur in Hamburg ist zurzeit günstig. Da die Unternehmer bestrebt sind, Kräfte von auswärts heranzuziehen, ist Zugang streng fernzuhalten. — Die Steinbildhauer im Arcuatorium in Dresden hatten wegen des überaus gesundheitschädlichen Arbeitens in den Innenräumen dieses Hauses mit den in Betracht kommenden zwei Firmen die 6stündige Arbeitszeit vereinbart, die auf fünf Wochen emgetührt wurde. Als plötzlich verlangt wurde, wieder 7 Stunden zu arbeiten, wie auf den übrigen Klagen und an Bauten, legten die bei diesen Firmen (G. Walther und Schellenberg) Beschäftigten die Arbeit nieder. — In München vereinbarten die Holzbildhauer durch Tarif bis 1915 mit dem Verein selbständiger Bildhauer die 5stündige Arbeitszeit pro Woche, vom 1. Oktober 1911 ab die 6stündige und einen Minimallohn von

88 bzw. 43 Pfg. (für Ausgeleitete) und 66 Pfg., vom 1. Mai 1911 und 1912 ab Erhöhung um je 2 Pfg. pro Stunde, die übrigen Bestimmungen decken sich mit denen des Holzarbeitertarifs. Der Tarifabschluß mit den dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe angehörenden Möbel-fabrikanten steht noch aus, der Verschleppung wegen dürfen Weiterungen erwartet werden. Zugang ist darum fernzuhalten.

Erfolgreicher Textilarbeiterstreik. Nach 17wöchentlichem Dauer ist am 1. Dezember der Streik bei der Firma Münch u. Co. in Hof augunsten der Arbeiter beigelegt worden. Die entlassene Kommission der Arbeiter und die Ausständigen werden wieder eingestellt. Zur Schlichtung von Streitigkeiten und Vertretung der Arbeiterschaft gegenüber der Firma wird ein Arbeiterausschuß anerkannt. Der Streik brach deshalb aus, weil die Firma eine Arbeiterkommission gemäßigert hatte. Während der langen Dauer des Kampfes hat die Firma wiederholt eine Verständigung mit der Arbeiterschaft brüskt zurückgewiesen, erst im Laufe der vorliegenden Woche, als der bisherige Direktor plötzlich entlassen worden war, gab die Firma zu erkennen, daß sie zu Verhandlungen geneigt sei. 285 Arbeiter und Arbeiterinnen waren an dem Kampf beteiligt. Sie haben sich wacker geschlagen; keine 10 sind von den Kämpfenden während des langen Kampfes abtrünnig geworden.

Aus dem Gerichtssaal.

Vertagung eines Moabiter Prozesses. Ein Teil der wegen der Moabiter Vorkommnisse angeklagten Personen ist vor das Schwurgericht verwiesen worden, weil man unter ihnen eine Anzahl Missetäter entdeckt zu haben glaubt. Der Prozeß vor dem Schwurgericht war auf den 12. Dezember angelegt. Dieser Termin ist nun aufgehoben worden und die Schwurgerichtsverhandlung kann nun erst im Januar stattfinden. Die Verhafteten bleiben also über die Feiertage hinaus in Untersuchungshaft.

Aus Nah und Fern.

Familien-drama. In Berlin wurde auf dem Tempelhofer Feld am Sonntag eine unbekannte Frau, die in den letzten Tagen lag, mit ihrem etwa 2 1/2 Jahre alten Söhnchen im Arm aufgefunden. Die Mutter hatte sich und ihr Kind mit Lyfzol vergiftet. Sie starb bald nach ihrer Entlieferung im Krankenhaus; das Kind hoffen die Ärzte am Leben zu erhalten.

Massen-Erkrankung von Soldaten. Nach dem Genuß von Kartoffelalat sind am Sonnabend abend, wie Berliner Blätter berichten, über 200 Soldaten des Leib-Garde-Pularen-Regiments in Potsdam unter leichten Vergiftungserscheinungen erkrankt. Dank rascher ärztlicher Hilfe war jedoch jede Gefahr nach wenigen Stunden behoben, sodas am Sonntag sämtliche Leute wieder im Dienst erschienen. Wie hierzu aus Berlin berichtet wird, ist die von dem Institut für Infektionskrankheiten eingeleitete Untersuchung über die Erkrankungen noch nicht abgeschlossen. Sie hat bisher das Vorhandensein einer großen Menge von Bakterien ergeben. Ob auf diese die Erkrankungen zurückzuführen sind, ist noch nicht sicher. — Ferner wird aus Toulon gemeldet: In der Nacht zum Montag sind gegen 100 Leute der Mannschaft des Panzers „Leon Gambetta“ unter Vergiftungserscheinungen erkrankt, sie waren aber bald wieder hergestellt. Die eingeleitete Untersuchung muß ergeben, ob die Erkrankungen durch den Genuß verdorbener Speisen oder durch Benutzung unteurer Kochgeschirre verurteilt worden sind.

Margarine-Vergiftungen. Auch in Breslau sind elf Personen nach dem Genuß von Baka-Margarine schwer erkrankt. — Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet aus Neisse: Nach dem Genuß von Margarine erkrankten dort elf Personen schwer.

Ballon-Unfall auf der Nordsee. Ein Londoner Telegramm hatte gemeldet, daß am Sonntag ein Ballon die Nordsee überflogen habe, der am Sonnabend in München mit drei Passagieren aufgestiegen war, um nach der Schweiz zu fahren! Sonntag abend sei der Ballon auf den Dürken-Inseln niedergegangen. Ein Passagier namens Wegger sei über Bord gestürzt. Diese Londoner Meldung bezieht sich auf den Ballon des Deutschen Touringklubs, der in Gersthofen bei Augsburg aufgestiegen ist. Nach vorliegenden Meldungen ist der Kaufmann Karl Wegger aus der Gondel in die Nordsee geführt. — Der Deutsche Touringklub teilt zu dem Ballon-Unfall über der Nordsee mit: In dem am Sonnabend nachmittag bei Gersthofen aufgestiegenen Ballon befanden sich Direktor Dittler, Hauptmann a. D. Jördens und Kaufmann Ernst Wegger. Der verunglückte Ballonfahrer wurde am Sonntag früh von einer Welle aus dem Korb gespült.

Die militärische Feind. Das militärische Ehrengericht im Landwehrbezirk Mühlheim a. d. Ruhr hat gegen den Rechtsanwalt und Notar Dammann aus Oberhausen in seiner Eigenschaft als Oberleutnant der Landwehr auf Entlassung mit schlichtem Abschied erkannt, weil er einen anderen Kameraden, der ihn brieflich beleidigt hatte, nicht zum Duell herausgefordert hat. Dieser andere Kamerad, ein Kaufmann, hat dem Rechtsanwalt 20 000 Mk. unter-schlagen. Er erkrankte sich später und dabei stellte sich heraus, daß er auch noch andere Verrätereien, Unterschlagungen und Wechselfälligkeiten begangen hatte. Trotzdem wurde der ehrengerichtliche Spruch gegen den Rechtsanwalt Dammann bestätigt. Der aus dem Offiziersstand Ausgestoßene, dem auch vorgeworfen worden war, daß er mit dem Kaufmann R. in einem nicht einwandfreien Geschäftsverehr gestanden hätte, beantragte dann beim Oberlandesgerichtspräsidenten in Düsseldorf die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst. Sowohl diese Behörde, als auch die Anwaltskammer teilen ihm jedoch mit, daß nach den ange-stellten Ermittlungen weder zu einem ehrengerichtlichen, noch zu einem disziplinarischen Einschreiten Anlaß vorliegt. Rechtsanwalt Dammann wurde also als Offizier kassiert, weil er es unterließ, sich mit einem notorischen Verräter zu duellieren.

Menschenopfer. Aus Bochum wird gemeldet: Auf dem neuen in der Abzweigung befindlichen Schacht der Zeche Constantia löste sich Sonnabend abend ein etwa einen Kubikmeter großer Stein und tötete einen Bergmann

und verletzte einen zweiten schwer. — Wie aus Coruna gemeldet wird, ist an der spanischen Nordküste das Segelschiff „Princesa“ mit 12 Mann untergegangen; nur der Eigentümer des Schiffes rettete sich durch Schwimmen.

Explosion. Wie aus Köln gemeldet wird, erfolgte am Sonnabend in dem Wasserstoffwerk der Ballonhalle in Reichlingen eine Explosion, durch die ein Mann getötet und zwei Mann schwer verletzt wurden. Der Sachschaden ist sehr bedeutend.

Schülerelbstmord. In Wiesbaden hat sich Sonnabend der 16jährige Schüler des dortigen Gymnasiums Henkel vor den Toren der Kaserne des Infanterie-Regiments erschossen. Der Knabe war in dem Ghescheidungsprozeß der Eltern dem Vater zugesprochen worden, hing aber mit großer Liebe an seiner Mutter und griff deshalb zum Revolver.

Ermordung einer deutschen Lehrerin in Paris. An einem einsamen Feldwege des Pariser Vorortes Choisy le Roi wurde die 36 Jahre alte deutsche Gouvernante Anna Knoll aus Zweibrücken als Leiche aufgefunden. Wie die Polizei annimmt, ist Fräulein Knoll erdrückt und dann mit Petroleum begossen worden. Bevor sie ihre letzte Stellung bei einer Pariser Offiziersfamilie verließ, sandte Fräulein Knoll ihrem in Bayern lebenden Bruder 200 Francs. Die Pariser Polizei hofft, daß dieser Bruder der Ermordeten über etwaige Bekanntschaften seiner Schwester Aufschlüsse geben kann.

Todessturz eines Aviatikers. In Solide in Kalifornien stieg der Aviatiker Walter Archer mit seinem selbstgefertigten Apparat auf. In einer Höhe von 250 Metern brach der Leistungsbrot des Motors, sodas die Flugmaschine umkippte und zu Boden stürzte. Archer wurde glücklich ver-stümmelt.

Das Eisenbahnunglück bei Willeßen. Bei dem Eisenbahnunglück, das sich bei Willeßen ereignete, sind, wie festgestellt wurde, vierzig Personen verletzt worden. Der Zug, in den der andere hineinfuhr, war dicht besetzt mit Arbeitern, die nach London fuhren und von denen viele im Wagen standen. Der letzte Wagen wurde in die Luft gehoben und halb auf den Bahnsteig gestoßen, bis die Decke des Wagens in das Dach der Station eindrang. In diesem Wagen wurden alle Insassen mehr oder weniger verletzt.

Schwerer Unfall in einer englischen Grube. Aus London wird gemeldet: In der Remberton-Grube von Madelen-Wood der Kohlenbergbau-Gesellschaft von Schlnaf (Grasshaft Shrop) stürzte ein mit sieben Mann besetzter Förderkorb in die Tiefe. Alle Insassen waren sofort tot.

314 Personen ertrunken. Von den durch den Sturm auf dem Rasischen Meere ereigten Schiffen sind insgesamt 23 gesunken. 314 Menschen sind ertrunken, darunter 184 persische Schiffsarbeiter. 8 Leichenschiffe sind im Eise stecken geblieben. Die Lage ist bedrohlich.

Literarisches.

H. Hartlebens Volks-Atlas, enthaltend 86 Karten in 125 Kartenteilen, nebst 75 Spezialkarten und Plänen. Mit Text und alphabetischem Namenregister. Fünfte, vollständig umgearbeitete und erneuerte Auflage. Groß-Folio-Format. Das Werk wird komplett in 25 Lieferungen zu 50 Pfg. Der vorliegende Volksatlas ist in vielen Familien Erbgut geworden, ein Beweis für seine Volkstümlichkeit. Er ist ein treuer Berater in allen geographischen Fragen, wie sie bei der Zeitungslektüre, während der politischen Unterhaltung usw. auftauchen. Die erschienenen Lieferungen bekunden, daß er seine Aufgabe voll und ganz erfüllt. Auf großen Karten erhalten wir klare Bilder der geographischen Gebiete etwa im Maßstab 1:7 500 000, 1:5 000 000, 1:10 000 000 uvm. Die braunen und grünen Farbtafeln, die wir sonst gewöhnt sind, treten nicht auf, dafür Geländeschraffierung in abgestuftem bläulichem Ton. Die Genauigkeit leidet durch diese Darstellungsweise nicht, und trotz der Fülle der Ortsnamen, die ein Atlas zum Nachschlagen enthalten muß, vermag das Auge die Bodengestalt zu verfolgen. Als schön klare Kartenbilder erscheinen u. a. die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Großbritannien, die deutschen Kolonien in Afrika, Asien und die angrenzenden Gebiete. — Zu begrüssen sind die Sonderkarten zur Geologie, Klimalehre und Völkerkunde. In der Art, wie Hartlebens Volksatlas heute erscheint, wird er sich infolge seiner beispiellosen Billigkeit bei starkem Umfang und sorgfältiger Ausführung als geographischer Berater bestens empfehlen.

Preussischer Komet. Soldatengeschichten von Aug. Winnig. Illustriert von J. Damberger-München. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. — Es sind keine der landläufigen Soldatengeschichten, die der Verfasser in seinem Buche gibt. Er schildert seine eigenen Erlebnisse während der Dienstzeit, wie er sie mit den Augen des klarschauenden Arbeiters gesehen hat. Winnig packt den in Deutschland immer aktuellen Stoff frisch und lebendig an und entwirft für Gebildete und Nichtgebildete gleich interessante Bilder, die gegenüber der landläufigen erlogenen Militärberichterstattung einmal die Wirklichkeit schildern. — Preis 1,50 Mk., gebunden 2 Mk. Auch zu beziehen in 10 Heften à 15 Pfg. Durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs.

Aus den Witzblättern.

Er auch. Onkel (der den leichtlebigen Neffen über einer Menge Wahnbriefe ertappt): „Und das rühret dich wohl gar nicht, daß die Leute dir schreiben, daß sie ihr Geld brauchen?“ — Neffe: „Was soll's mich rühren? Ich brauche auch Geld!“

Unter Arztkindern. Die vierjährige Ingeborg und ihre jüngere Schwester spielen Arzt und Patientin. Die Mutter kommt gerade dazu, wie die Ältere der andere einen Federhalter unter den Arm steckt und mit wichtiger Miene sagt: „Gute Frau, Sie sind sehr krank, Sie haben 30 Pfund Fieber!“ — „Aber Ingeborg!“ ruft die Mutter: „Wund 3!“ — „Ach — Lier — Lier, liebe Mutter!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Zu vermieten zum 1. Jan. eine abgeschlossene Parterre-Wohnung, 3 Zimmer mit vollständigem Zubehör. Seignierstraße 19, part.

Zum 1. April 2-Zimmer-Wohnung, schön vor dem Quartier. Preis bis 200 Mk. Anzch. mit A B 33 an die Exped. d. Bl.

Zu vermieten ein kleiner Laden, passend für Zigarren. Beste Lage am Hafen. Friedrich-Haus, Untertrave 4-5.

Freundlich möbl. Zimmer an ein oder zwei Herren oder Mädchen zu vermieten. Glorinstr. 17, II.

Eine kleine Wohnung zu verm. Etowenstraße 27A. Näheres Sadowitz. 10.

Billig zu verkaufen ein schwarzer Königsstapel, Handia, 1 1/2 Jahre alt, 1 dito Hund, 4 M. alt.

H. Dreyer, Lötterweg 70, III. Rettenburg, sehr schön, billig zu verkaufen. „Frischlingstr. 20“.

Arbeiterinnen

Abteilung Händerei gesucht.

August Schumacher.

Großer Puppenwagen, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Wafenstr. 72, I.

Fahrrad mit Freilauf und Rücktrittbremse zu verkaufen. Kottwitzerstraße 29 a, II.

Billig zu verkaufen 4 Bände Platen Die neue Seilmethode, wie neu. Bleicherstr. 21 a, S. Gürtel.

Nähmaschine billig zu verkaufen. Off. u. H L, an die Exp. d. Bl.

Billig zu verkaufen ein starker Kinderwagen zum Handeln. Waisenhofstraße 20, II.

Wäsche aller Art wird angefertigt und ausgebessert. Großer Bogellang 13, I.

Damen-Frisieren in und außer b. Hauje 40 Pfg. M. Prahl, Westhofstr. 8.

Die Worte, welche ich gegen die „Harmonia“, Kenjefeld, gesprochen haben soll, nehme ich als Mißverständnis zurück. Joh. Cordts.

Weihnachts-
u. Neujahrskarten
in größter Auswahl.

Billigste Bezugsquelle für
Hausierer u. Wiederverkäufer.

Zum billigen Laden
:: Hüxstrasse 27 ::

Empfehle mein Haarschneide- und
Haarschneide-Geschäft.

NB. Anfertigung von Puppen-
perücken, Böpfen und Haarunter-
lagen, auch von ausgef. Haaren.

Frau G. Bionda Wwe.
Rosenpark 5.

Beseitigung v. Zahnschmerzen, Zahn-
zieh.,

Füllen schlechter Zähne usw.
Breltestraße 44, II,
Elise Düffer, Sing. Markthalle r.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt

J.H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gesandt werden
Gegenstände aller Art, als: Mobi-
len, Koffer etc. im Lagerhaus und
Expositionsgeschäft Fischerstr. 52.

Zahle die höchsten Preise
für Hauswandstumpen, Eisen,
Metalle und Zeitungen. Post-
karte genügt.
Fernruf 2430. Waisenhoffstr. 25.

la. dicke Flomen pfd. 80
frisch. Kopf u. Bein pfd. 30
frische Kochrippen pfd. 30

M. Labrtz, Böttcherstr. 16.

Offertiere:
Pa. gepö. Gänsefleisch pfd. 65 Pf.
frisches Gänsefleisch pfd. 70 Pf.
Wilhelm Schwarz
Gänse-Spezialhdl. u. Auschlachterel.

Sozialdemokratisch. Verein
Trens-Dorwerf.

Versammlung
am 7. Dezember 1910
abends 8 Uhr,
im Lokale des Gen. H. Schultze,
Trens.

Vortrag des Parteisekretärs
Gen. W. Bromme: „Die Re-
volution in Portugal“.
Weitere Tagesordnung wird dort-
selbst bekannt gemacht.
Es ist die Pflicht der Genossen,
die Versammlung zu besuchen.
Der Einberufer.

Beerdigungsinstitut **Müter**
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstätten, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Nur 2 Tage, Dienstag und Mittwoch,
verkaufte ich mein allerfeinstes
Pflaumenmus

mit 18 Pf. per Pfd. In braunen Glasflaschen a 5 Pfd. Mk. 1.00,
a 10 Pfd. Mk. 2.00 mit Kopf netto gewogen, um das Publikum von der
vorzüglichen Qualität derselben zu überzeugen.

W. Böttcher, Alstraße 11. Geöffnet 9-12
und 3-8 Uhr.

Ausnahmepreis für unsere Leser!

Kapt. Maryats Werke.

Neue illustrierte
Pracht-Ausgabe.

Aus dem Inhalt heben wir nur
einiges hervor: Jacob Ehrlich
Peter Sumpel — Der Pirat — Das
Gespensterschiff — Drei Küster
Wildlieb.

Reichhaltiger, hoch-
interessanter Inhalt.
2 elegante Pracht-Bände, großes
Format.

Beide Bände zu dem billigen
Preis von
nur Mark 3.—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Altenstraße 46.

Warnung u. Aufklärung!

Die Margarinemarke „Backa“, durch deren Genuss in Hamburg-Altona
Erkrankungen vorgekommen sind, stammt von der Firma Altonaer Margarine-
Werke Mohr & Co., G. m. b. H., Altona-Ottensen, die ihre Ware in
9-Pfd.-Postpaketen direkt an Private liefert. In Ladengeschäften wird diese
nicht geführt und unterliegt deshalb auch nicht der fachmännischen Kontrolle
des Händlers. — —

Wer absolute Gewähr für aus tadellosem Rohmaterial hergestellte, in jeder
Beziehung einwandfreie und bekömmliche Ware haben will, ver-
lange nur unsere als erstklassig bekannten, nur in Geschäften erhält-
lichen Spezial-Margarinemarken

Mohra Palmato Siegerin

die besten Erzeugnisse der Margarine-Industrie.

Alleinige Fabrikanten:

A. L. MOHR

G. m. b. H.

ALTONA-BAHRENFELD.

Nicht zu verwechseln
mit den oben erwähnten, ähnlich firmierenden Lieferanten der Marken
„Backa“ und „Louise“.

Achtung Maler!

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 7. Dezbr.
abends 8 Uhr

Tages-Ordnung:
1. Ortstarifamt.
2. Abrechnung vom Gewerkschafts-
haus.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.
Bücher sind vorzulegen.

Eisenbahn-Restaurant Retteich 16.

Ausspielen

von fetten Gänzen,
Karpfen und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Sonntag, 11. Dezember 1910.
Anfang 11 Uhr morgens.
Einsatz 50 Pf.

Hierzu ladet freundlichst ein
Heinrich Stoll.

Hansa-Theater

Anfang des Konzerts 8 Uhr.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Große Spezialitäten- Vorstellungen.

„Welt-Attraktionen“
Vorverkauf bei Sager.
Vorzugstickets sind nur
wochentags
gültig.

Neues Stadttheater.

7 1/2 Uhr.
Abonnement!

Erweiterte Mittwochs-Preise.
I. Part. Mk. 1.60; 2. Part. Mk.
1.30; Sitzpart. I. Mk. u. 80 Pf.

Die Jungfrau von Orleans.

Romantische Tragödie von Schiller.
Donnerstag, 8. Dezember. 7 1/2 Uhr.

Die geschiedene Frau.

Operette von Leo Fall.
Freitag, 9. Dezbr. 7 1/2 Uhr.
Gewöhnliche Opernpreise.

Gastspiel Hans Siewert

vom Hamburger Stadttheater.
Der Postillon von Lonjumeau.
Sawische Oper von Thom.

Restaurant „Zur goldenen Traube“ Devenau 27.

Ausspielen

von Gänzen, Weihnachts-
karpfen, Rauchfleisch, gut ge-
räuch. mecklenburg. Schweins-
köpfen etc.

auf einem Ziehbillard
am Sonnabend, 10. Dez. 1910.

Anfang 10 Uhr morgens.
Einsatz 50 Pf.

Hierzu ladet freundlichst ein
Hans Grevesmühl.

Großes Ausspielen

von
fetten Gänzen, Karpfen
und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard

am Mittwoch, 7. Dezbr. 1910.
Anfang 10 Uhr vormittags.

Einsatz 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein
J. J. F. Bentien, Untertr. 85.

Zentral-Hallen

Dankwardtgrube 20.

Mittwoch, den 6. Dezember

2. Familien-Ball.

Anfang 8 Uhr.
H. Pagel.

Einladung zum BALL

der Fuhrleute Joachim Parbs
Lübeck

am Mittwoch, d. 7. Dezember
im Konzerthaus Flora.

Lotteröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Eintritt 1 Mk., eine Dame frei.
Einzeln Dame 20 Pf.

Der Vorstand.

Hüxtr. 27. Zum billigen Laden Hüxtr. 27.

Puppen	Spielwaren	Geschenk- und
Puppenköpfe	jeglicher Art	Bedarfsartikel
Bälge	Schultornister	Damenhandtaschen
Puppenhüte	Schulstiften	Portemonnaies
Puppenstrümpfe	Silber- und	Papierhäftchen
Puppenarme	Märchenbücher	Seife in Kartons
Gänstlinge	Postkarten	Haargarnituren

Christbaumzweige in allen Sorten.

Weihnachts- und Neujahrskarten.

Größte Auswahl zu bekannt billigen Preisen.
Hausierer und Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise.

Hüxtr. 27. Zum billigen Laden Hüxtr. 27.

Gewerkschaftskartell Lübeck.

Groß. Vortragsabend

der Gesellschaft W. Hackenberg
aus Kettwig bei Düsseldorf

am Mittwoch, dem 7. Dezember 1910
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Am Donnerstag, dem 8. Dezember 1910

in Schlutup

im Lokale des Herrn Vedder, „Gasthof zur Post“.

Saalloffnung für beide Orte 7 Uhr. Anfang für beide Orte 8 Uhr.
Eintritt für Erwachsene 20 Pf. Kinder 10 Pf.

Kinderarten werden nur an der Kasse verabfolgt. Rauchen freudl. verboten.
Die Kartellkommission.

Heinrichshof. 3. Familien-Ball.

Ratzeburger Allee.
Am Mittwoch, 7. Dezbr. 1910: